Textilarbeiter-Zeitung

für die Interessen der Textilarbeiter und -Arbeiterinnen aller Branchen.

Redaktion: A. Heutmann in Düsseldorf 51, Corneliusstr. 66. Berichte, kleine Beiträge 2c. sind zunächst an den betr. Bezirksvorsitzenden einzusenden. Sämtliche Beiträge müssen bis Montags abends bei der Redaktion in Düsseldorf eingegangen sein.

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Die „Textilarbeiter-Zeitung" erscheint jeden Samstag und kostet vierteljährlich durch die Post bezogen 3,— Mk. Expedition und Druck von Joh. van Acken in Krefeld, Luth. Kirchstraße 65. Fernsprech-Nr. 1358.

Nr. 10. Telegramm-Adr.: Textilverband Düsseldorf. Düsseldorf, den 7. März 1908. Fernsprech-Nummer 4423. 10. Jahrgang.

Bericht des Ausschusses des Gesamtverbandes.

Allgemeines.

Ausschuß und Vorstand der christlichen Gewerkschaften hatten im verflossenen Jahre wieder wie früher eine vielgestaltige Arbeit zu erledigen. Eine Anzahl innerer und äußerer Aufgaben traten an die christliche Gewerkschaftsbewegung neu heran. In den letzten Jahren mußten, um den steigenden Anforderungen gegenüber gewachsen zu sein, bereits in allen Verbänden bedeutende Beitragserhöhungen durchgeführt und die Zahl der im Hauptberuf tätigen Angestellten bedeutend erhöht werden. Die durch die Beitragserhöhungen bedingten Unterstützungseinrichtungen erforderten zudem eine bedeutende Verwaltungsarbeit. Und die Kräfte für diese vielverzweigte Tätigkeit konnten sich nicht langsam herausarbeiten, sondern mußten in einem verhältnismäßig kurzen Zeitraum herangebildet werden. Daß es unter diesen Umständen an inneren Aufgaben nicht fehlte, ist einleuchtend. In den Sitzungen des Ausschusses des Gesamtverbandes wurde daher im Berichtsjahre eingehend verhandelt über die Geschäfts- und Kassenführung in den christlichen Gewerkschaften, die Finanzgebarung derselben, die Fortbildung der Beamten unserer Bewegung 2c. Durch Anberaumung entsprechender Kurse und Konferenzen war man bestrebt, den bezüglichen Bedürfnissen abzuhelfen. Diesen und anderen inneren Aufgaben gesellten sich äußere in großer Anzahl bei. Trotzdem 1907 die Streiks und Aussperrungen weniger häufig und umfangreich waren als in den beiden vorausgegangenen Jahren, war das verflossene Jahr für die christliche Gewerkschaftsbewegung ein bewegtes.

Der Beginn des Jahres

traf das deutsche Volk infolge der Reichstagswahl in einer hochgradigen Erregung an. In diese wurden selbstverständlich auch die Arbeiter mit einbezogen; die politischen und teilweise auch konfessionellen Leidenschaften wurden in einer seit langer Zeit nicht mehr gekannten Weise aufgepeitscht, ein Umstand, der einer Bewegung, die sich aus Angehörigen der beiden großen Konfessionsgemeinschaften und der verschiedensten politischen Parteien rekrutiert, nicht gerade günstig ist. Der Reichstagswahlkampf kam zu unerwartet, als daß die Leitung der christlichen Gewerkschaften für die in den verschiedensten Bezirken Deutschlands stark von einander abweichenden Verhältnisse allgemeine Richtlinien hätte aufstellen können. Wohl erließ der Vorstand des Gesamtverbandes frühzeitig einen Aufruf, daß „sich weder die Gewerkschaftspresse in den Dienst bestimmter Parteien stellen, noch in Versammlungen parteipolitische Propaganda geduldet werden" dürfe; diese Forderung wurde, von einzelnen Entgleisungen abgesehen, auch allenthalben befolgt. In manchen Bezirken ließen sich jedoch Angestellte der christlichen Gewerkschaften parteipolitisch stärker engagieren, als dieses im Interesse der christlichen Gewerkschaften hätte geschehen dürfen. Dort wurden im Wahlkampfe und nachträglich noch in der Tagespresse christliche Gewerkschaften und politische Parteien zusammengeworfen, und es bedurfte nicht geringer Arbeit zur Wiederherstellung eines einträchtigen Zusammenwirkens in der christlichen Gewerkschaftsbewegung, das nunmehr allerdings erfreulicherweise wieder auf der ganzen Linie festgestellt werden kann. Bei zukünftigen Wahlkämpfen empfiehlt es sich, daß die christlichen Gewerkschaftsfunktionäre, die selbstverständlich nicht zu Staatsbürgern zweiter Klasse degradiert werden dürfen, sich im Interesse unserer Bewegung etwas mehr Zurückhaltung auferlegen. Insbesondere sollen sie möglichst nicht in von mehreren bürgerlichen Parteien ernsthaft umworbenen Bezirken als Zählkandidaten fungieren. Dafür sind zweifellos auch noch Leute zu finden, deren Kandidatur weniger bedenkliche Unannehmlichkeiten zeitigen kann, als die eines christlichen Gewerkschaftssekretärs für die von ihm vertretene Bewegung, der er in erster Linie zu dienen hat.

Die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine,

insbesondere die westdeutsche Gruppe derselben, glaubten, daß mit der veränderten politischen Konstellation eine neue Aera für sie gekommen sei. Auf die tendenziöseste Weise suchten dieselben die christlichen Gewerkschaften als „ultramontane", „antinationale" Organisationen zu verdächtigen, in der Absicht, dadurch in evangelischen Arbeitervereinskreisen vordringen zu können, was jedoch vollständig mißlungen zu sein scheint. Sie wollten sonach auf Kosten der christlichen Gewerkschaften und mit teilweise nicht einwandfreien Mitteln ihr Agitationsterrain erweitern. In dieser Situation mußten sich die christlichen Gewerkschaften gegenüber den Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereinen völlige Ellenbogenfreiheit vorbehalten. Darauf ist es auch hauptsächlich mitzurückzuführen, daß die Bemühungen des Staatsministers a. D. Frhr. von Berlepsch, die anläßlich des Berliner christlich-nationalen Arbeiterkongresses an die Oeffentlichkeit gelangten, zwischen beiden Gewerkschaftsgruppen die Kampfformen zu mildern und ein häufigeres Zusammenwirken derselben herbeizuführen, gescheitert sind. Im übrigen braucht aber kaum hervorgehoben zu werden, daß zu den christlichen Gewerkschaften nicht die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine, sondern die sozialdemokratischen Gewerkschaften in weitaus stärkerem Gegensatze sich befinden. Wenn in den letzten Jahren die Streiks, die den Haupt- oder Nebenzweck hatten, die christlichen Gewerkschaften niederzuringen, seltener wurden, so in der Hauptsache deshalb, weil einerseits die christlichen Gewerkschaften sich der bezüglichen sozialdemokratischen Taktik zu erwehren wußten und andererseits durch die unerwartete Ausdehnung der Arbeitgeberverbände die sozialdemokratischen Organisationen in der Gegenwart ihrer Selbsterhaltung willen sich vor dringlichere Aufgaben gestellt sahen. Von einer größeren Verträglichkeit der sozialdemokratischen mit den christlichen Gewerkschaften oder einer Ueberbrückung der Gegensätze ist nicht das mindeste zu merken.

Von großer Bedeutung war im letzten Jahre der

Kampf zwischen dem Gutenbergbund

und dem Verbande deutscher Buchdrucker um den § 4 des Organisationsvertrages im Buchdruckgewerbe. Danach sollten vom 1. Januar 1909 ab die Arbeitgeber nur mehr Gehilfen einstellen dürfen, die dem Verbande der deutschen Buchdrucker angehörten. Gegen diese Bestimmung kämpften der Vorstand des Gesamtverbandes in Gemeinschaft mit dem Gutenbergbunde energisch an, mit dem Ergebnis, daß dieselbe im Dezember aufgehoben wurde. Als das Organ des Verbandes, der Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker, die Schwäche seiner Position gegen den Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften fühlte, suchte es die Prinzipale des Buchdruckgewerbes von der Aufnahme des Gutenbergbundes in die Tarifgemeinschaft mit dem Hinweis abzuschrecken, daß außerhalb des Buchdruckgewerbes Stehende — der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften — Einfluß auf die Tarifgemeinschaft zu erlangen suchten. Das war zwar ein gewöhnlicher Agitationstrick, der aber dennoch besprochen zu werden verdient. Der bei der letzten Tariferneuerung im Buchdruckgewerbe (September 1906) vereinbarte Organisationsvertrag zwischen der Prinzipalsorganisation und dem Verbande deutscher Buchdrucker räumte, nach den inbetracht kommenden Verhältnissen, beiden Vereinigungen, die die Vertragsgemeinschaft tätigten, das Organisationsmonopol ein. Und ein Organisationsmonopol hat mit Fragen des Tarifes an sich nicht das mindeste zu tun. Das geht schon daraus hervor, daß nunmehr das Monopol fallen gelassen wurde und der Tarif nicht die geringste Aenderung erfuhr. Der Leitung vom Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften, dem der Gutenbergbund angeschlossen ist, ist es nie in den Sinn gekommen, etwa in Fragen der Arbeitszeit, der Lohnhöhe, Schiedsgerichte, Arbeitsnachweise 2c. des Buchdruckgewerbes Einfluß ausüben zu wollen. Worüber aber der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften auch für die Zukunft sehr wachsam sein wird, das ist die Grundlage, auf der Tarife vereinbart werden. Der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften müßte ein trauriges Gebilde sein, wenn er in bewegten Situationen nicht ganz energisch sich der einzelnen ihm angeschlossenen Verbände annähme. Das im vergangenen Jahre im Buchdruckgewerbe statuierte Exempel dürfte allerdings andere sozialdemokratische Verbände abgeschreckt haben, in nächster Zeit auf ähnliche Experimente zu sinnen. Und darin liegt die Bedeutung dieses Kampfes für die gesamte nichtsozialdemokratische Arbeiterbewegung Deutschlands. Diese Gesichtspunkte waren seinerzeit bei der Aufnahme des Gutenbergbundes auch für den Vorstand des Gesamtverbandes bestimmend.

Mit dem Entwurf eines

Reichsvereinsgesetzes

beschäftigte sich der Vorstand des Gesamtverbandes in mehreren Sitzungen. Der Entwurf enthält gegenüber den seitherigen Vereinsgesetzen Preußens und Sachsens manche Verbesserungen. Diesen stehen im Vergleich zu der seitherigen süddeutschen vereinsgesetzlichen Praxis nicht unwesentliche Verschlechterungen entgegen. Besonders bedenklich ist die Bestimmung, daß künftig in öffentlichen Versammlungen nur in deutscher Sprache verhandelt werden dürfe. In den Bezirken mit gemischten Sprachen (Oberschlesien, den Provinzen Posen und Westpreußen und den westlichen Grenzgebieten) sind ca. ½ Million Arbeiter beschäftigt, die der deutschen Sprache nicht mächtig sind; dazu kommen noch, insbesondere bei hochgehender Konjunktur, mindestens ½ Million in Deutschland beschäftigter Ausländer. In deutscher Sprache sind diese nie für die Organisationsbestrebungen der Arbeiter zu gewinnen. Es besteht daher Gefahr, daß bei Annahme der bezüglichen Bestimmung des Reichsvereinsgesetzentwurfes die ausländische und fremdsprachige Arbeiterschaft infolge unzureichender Organisationsmöglichkeit den Emanzipationsbestrebungen ihrer deutschen Kollegen erschwerend im Wege steht. Der Vorstand des Gesamtverbandes hat daher an den Bundesrat und den Reichstag eine Petition eingereicht, in welcher hauptsächlich eine Umänderung dieser, sowie der zu weit gehenden Strafbestimmungen und der Anzeigepflicht gefordert und begründet wird.

Hinsichtlich der

Organisation der Dienstboten

gelangte man nach mehreren Sitzungen und Konferenzen zu der Auffassung, daß die konfessionellen Frauenorganisationen am zweckmäßigsten sich derselben annähmen, also konfessionelle Dienstbotenorganisationen gegründet werden sollen. Der Dienstbotenstand ist in sehr starkem Maße ein Durchgangsberuf, in welchem jugendliche Personen den größten Prozentsatz der Beschäftigten darstellen. Dann ist das Dienstverhältnis bedeutend anders geartet, als das einer gewerblichen Arbeiterin. Demnach obliegen den Dienstbotenvereinen auch wesentlich andere Aufgaben als den Berufsorganisationen gewerblicher Arbeiter. Neben der Verbesserung des Dienstvertrages, der Erziehung der Dienstboten zum Standesbewußtsein, Ausbau des Stellenvermittelungswesens, sowie des Rechtsschutzes 2c. müssen die Mitglieder der Dienstbotenvereinigungen auch für ihren späteren Lebensberuf als Hausfrau und Mutter vorbereitet werden. Zu dieser Art der Tätigkeit ist zweifellos die Mitarbeit sozialgesinnter bürgerlicher Damen sowie anderer Kreise unentbehrlich. Es war daher zu erwägen, ob die letzteren Aufgaben von interkonfessionellen Vereinigungen überhaupt zweckentsprechend in Angriff genommen werden können. Eine Arbeitsteilung in Vereinigung mit wirtschaftlichen und solchen mit religiös-sittlichen Aufgaben, wie diese zwischen christlichen Gewerkschaften und konfessionellen Arbeitervereinen gehandhabt wird, war für die Dienstboten kaum empfehlenswert, weil dann schließlich beiden Vereinigungsarten ein ungenügendes Betätigungsfeld hätte überwiesen werden müssen und die ohnedem für die weibliche Organisationstätigkeit in der christlichen Arbeiterbewegung vorhandenen, spärlichen Kräfte weiter zersplittert worden wären. In christlichen Gewerkschaftskreisen besteht aber keine Meinungsverschiedenheit darüber, daß auch die wirtschaftlichen Interessen der Dienstboten energisch vertreten werden müssen. Es wurde daher zur Kontrolle über diese Tätigkeit der konfessionellen Dienstbotenvereine ein Arbeitsausschuß gebildet, in dem dem Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften neben einer entsprechenden Vertretung auch eine solche im Vorsitz eingeräumt wurde. Ebenso soll in den einzelnen Orten, in denen bereits konfessionelle Dienstbotenvereine bestehen oder solche errichtet werden, ein interkonfessioneller Ortsausschuß eingesetzt werden, der über die Durchführung der wirtschaftlichen Aufgaben eine Verständigung herbeiführen soll. In diesem Ortsausschuß ist den christlichen Gewerkschaften ebenfalls eine Vertretung einzuräumen. Diese Organisationsform für die weiblichen Dienstboten stellt einen Versuch dar; in einigen Jahren wird nachzuprüfen sein, wie sich derselbe bewährt hat.

Die Organisationsfrage für die

Landarbeiter

ist seitens der christlichen Gewerkschaften noch nicht entschieden. Sie ist auch nicht sehr einfach. Der Unterschied der Stellung und der Interessen zwischen dem ländlichen Gesinde, der Tagelöhner, Saisonarbeiter 2c. ist außerordentlich groß. Auch ist das Niveau der Landarbeiter und der Einfluß, den ihre Umgebung auf sie ausübt, sehr verschieden. Dazu kommen insbesondere in Norddeutschland die für die ländlichen Arbeiter noch vorhandenen, die Organisationsmöglichkeit einengenden landesgesetzlichen Bestimmungen. In Bayern hat der Hilfs- und Transportarbeiterverband bereits an mehreren Orten mit der Organisation der Landarbeiter eingesetzt und für diese verschiedentlich selbst schon Tarife abgeschlossen. Die Organisationsfrage der Landarbeiter wird trotz Widerstreben ländlicher Unternehmerkreise nicht mehr aus der öffentlichen Diskussion entschwinden, bis auch den Landarbeitern ihr Recht wird.

Auf dem Generalsekretariat wurde im Berichtsjahre eine weitere Kraft angestellt in der Person des Kollegen Breddemann. Demselben obliegen hauptsächlich der Ausbau der Registratur, Mitarbeit am Zentralblatt, sowie innere Verwaltungsarbeiten. Sitzungen des Ausschusses fanden in 1907 zwei, solche des Vorstandes zwölf statt.

Agitation.

Die wirksamste Agitation für die Gewerkschaftsbewegung haben in den letzten Jahren zweifellos weite Unternehmerkreise besorgt. Eine natürliche Folge der Erstarkung der Arbeiterorganisationen ist eine gesteigerte Organisationstätigkeit der Arbeitgeber in ihren Arbeitgeberverbänden. Diese sind in den letzten Jahren gewaltig erstarkt, so daß heute die Arbeitgeber wohl nirgends so zahlreich organisiert sind als in Deutschland. Die außerordentlich günstige Wirtschaftskonjunktur der letzten Jahre löste auf seiten der Arbeiter das Bestreben aus, an den Erträgnissen der Produktion in stärkerem Maße teilzunehmen. Häufig widersetzten sich die Unternehmer den Forderungen der Arbeiter; kleinere Streiks wurden mit großen Aussperrungen beantwortet. Und die Aussperrungen haben in hohem Maße den gewerkschaftlichen Zusammenschluß der Arbeiter gefördert. Der Konjunkturumschlag in 1907 schwächte die Bewegungen der Arbeiter zu ihrer wirtschaftlichen Besserstellung ab, ein Umstand, der auch ungünstig auf die agitatorischen Erfolge zurückwirkte. In letzterer Zeit finden meist nur diejenigen Arbeiterkreise den Weg zur Organisation, die bei flottem Geschäftsgange verhältnismäßig gute Löhne verdienten, deren Kürzung die Arbeitgeber sich nunmehr zum Ziele gesetzt haben. Diese Wechselwirkungen zu verfolgen ist im einzelnen sehr lehrreich.

Bei der auch in der christlichen Gewerkschaftsbewegung üblichen Organisationsform ist es nun weniger Aufgabe der Gesamtbewegung, diesen organisatorischen Einzelheiten nachzuforschen, als vielmehr in größeren, unerschlossenen und aussichtsreichen Bezirken die zur erfolgreichen Wirksamkeit der einzelnen Verbände erforderliche Pionierarbeit zu leisten. Und solche Gebiete sind in Deutschland noch mehrere vorhanden. Zwei derselben, Mittel- und Norddeutschland, wurden in 1907 durch Sekretariate besetzt. Unbeschadet dessen, daß in der Hauptsache die Agitation durch die einzelnen Verbände betrieben werden muß, sprechen bei der Verfassung und ungleichmäßigen Verbreitung unserer Bewegung auch sehr beachtliche Gründe dafür, in bestimmten Bezirken weitere Sekretariate des Gesamtverbandes zu errichten. Selbstverständlich kann dieses erst dann geschehen, wenn die erforderlichen Mittel hierfür vorhanden sind. Der Beitragsleistung zum Gesamtverband sind infolge der ungleichmäßigen Stärke der einzelnen Verbände und der Verbreitung mancher Industrien auf verhältnismäßig wenige Bezirke — wodurch das Interesse der Verbände an allgemeinen Sekretariaten ein sehr ungleichmäßiges ist — bestimmte Grenzen gesteckt. In den nächsten Jahren kann jedenfalls kaum an eine nochmalige Beitragserhöhung zum Gesamtverband gedacht werden. Anträge, für bestimmte Orte Sekretariate des Gesamtverbandes zu errichten, sind fast stets zwecklos, weil hierfür Mittel in nächster Zeit kaum freizumachen sind.

Landeskonferenzen.

Die Anträge für Anberaumung größerer allgemeiner Konferenzen hat der Vorstand des Gesamtverbandes nicht schematisch erledigt. Der letzte Breslauer Kongreß der christlichen Gewerkschaften stand bekanntlich derartigen Konferenzen skeptisch gegenüber. Er hatte Ursache dafür, weil ehemals in manchen Bezirken etwas viel in Konferenzen geschehen ist. Es wäre aber verfehlt, allen bezüglichen Konferenzen den agitatorischen oder sonstigen Wert abzusprechen. Insbesondere können dergleichen Veranstaltungen bei guter Vorbereitung und zweckmäßigen Verhandlungsgegenständen sich dort als nützlich erweisen, wo unsere Bewegung noch schwach und vieler Vorurteile in der Oeffentlichkeit ausgesetzt ist oder die Vertrauensleute bestimmter Anregungen bedürfen. Aus diesem Gesichtswinkel hat der Vorstand des Gesamtverbandes der Abhaltung von Konferenzen für Elsaß-Lothringen, Württemberg und Schlesien nicht nur zugestimmt, sondern dieselben auch durch einen Vertreter beschickt.

Ortskartelle.

Die Ortskartelle der christlichen Gewerkschaften arbeiten verschiedentlich noch nicht befriedigend. Die Hauptaufgabe derselben bleibt einstweilen noch die Agitation, womit allerdings nicht gesagt sein soll, daß andere ihren Tätigkeitsgebieten zustehende Aufgaben nicht in Angriff zu nehmen seien. Zuzugeben ist, daß die Kräfte, die sich etwas herausgearbeitet haben, stark von ihren eigenen Verbänden mit Arbeit belastet werden. Allein bei gutem Willen und eiserner Energie, sowie entsprechender Zeit- und Arbeitseinteilung muß auch noch ein stärkeres Interesse für die Gesamtbewegung zu erübrigen sein. Von den Kartellen müssen den Vertrauensleuten der einzelnen Verbände stets neue Anregungen zu ersprießlicher Wirksamkeit vermittelt werden. Insbesondere ist in Orten, in denen für die christlichen Gewerkschaften das Terrain steinig ist, ein besseres Zusammenwirken der Ortsgruppen der verschiedenen Verbände notwendig. Auch die Sekretäre der einzelnen Verbände sollen sich ernsthaft bestreben, die Arbeit der Kartelle mehr großzügig zu gestalten.

Grenzstreitigkeiten.

Die Frage der Verbandszugehörigkeit strittiger Arbeiterkategorien wird die nächste Sitzung des Ausschusses des Gesamtverbandes beschäftigen. Dadurch, daß seinerzeit die einzelnen Verbände sich regellos für bestimmte Arbeitergruppen und -Kategorien bildeten — der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften wurde erst später gegründet — hat sich in der christlichen Gewerkschaftsbewegung eine Art Gewohnheitsrecht herausgebildet, das unter manchen Verbandsvorständen und Bezirksleitern zu Meinungsverschiedenheiten führt. Es empfiehlt sich daher, den inbetracht kommenden Verbänden ihr Organisationsgebiet besser zu umschreiben und festzusetzen.

Kassenverhältnisse.

Infolge der wachsenden Mitgliederzahl der einzelnen Verbände stiegen auch die Einnahmen des Gesamtverbandes, sodaß an Beiträgen in 1907 Mark 49 896,41 vereinnahmt wurden gegen Mk. 35 636,99 im Vorjahre. Der Ausschuß vertrat die Auffassung, daß größere Kapitalansammlungen durch den Gesamtverband so lange noch unangebracht seien, bis die dringendsten Bedürfnisse der Bewegung ihre Befriedigung gefunden. Gegenwärtig warteten noch mehrere Bezirke der Erschließung und Vorbearbeitung durch die Gesamtbewegung; in anderen Bezirken müßte für die schwachen und zerstreuten Ortsgruppen der einzelnen Verbände wenigstens durch ein gemeinsames Sekretariat ein Stützpunkt geschaffen werden. Die Mittel zu etwaigen, seitens der Gesamtbewegung notwendig werdenden unvorhergesehenen Aktionen müßten die einzelnen Verbände eventl. durch eine Sonderleistung aufbringen. Von diesen Gesichtspunkten war die Kölner Aprilausschußsitzung bei der Etatsberatung des Gesamtverbandes für 1907 beherrscht, wobei beschlossen wurde, sowohl auf dem Generalsekretariat einen weiteren Beamten anzustellen, wie auch für Mittel- und Norddeutschland besondere Sekretariate zu errichten, was bekanntlich mit dem 1. Juli geschehen ist. Die letztern Beamten wurden in Hamburg und Erfurt stationiert. Dagegen sei das Berliner Sekretariat aufzuheben, weil dort in der Zwischenzeit nahezu alle interessierten Verbände selbst Beamte angestellt hätten und manche Aufgaben, die früher diesem Sekretariat oblagen, von den nunmehr dem Reichstag angehörenden Kollegen unserer Bewegung übernommen werden könnten. Auch die Zuschüsse, die seither an von anderen Institutionen errichtete Sekretariate geleistet

wurden, seien mit der Errichtung weiterer selbständiger Sekretariate einzustellen. Die Verwirklichung dieser Beschlüsse erforderte naturgemäß nicht geringe Ausgaben.

Aber auch für allgemeine Agitation wurden in 1907 Mk. 6825,30 gegen Mk. 3036,59 im Vorjahre verausgabt. Die erhöhten Aufwendungen rühren daher, daß im letzten Frühjahr ein größeres allgemeines Flugblatt herausgegeben wurde, im Anschluß an den Berliner Kongreß in den verschiedensten Bezirken Deutschlands auf Betreiben des Ausschusses allgemeine Versammlungen mit auswärtigen Referenten abgehalten wurden, einige jüngere Verbände zur Errichtung bezw. Unterhaltung von Sekretariaten einen einmaligen Zuschuß bewilligt erhielten ꝛc.

Unterstützung bei Streiks und Aussperrungen.

Zu Streiks und Aussperrungen dürfen bekanntlich die ordentlichen Einnahmen des Gesamtverbandes statutgemäß nicht verwendet werden, wie es auch Grundsatz und Regel bleiben muß, daß die einzelnen Verbände die bezüglichen Mittel zur Besserstellung ihrer Angehörigen selbst aufzubringen haben. Bei prinzipiellen Kämpfen, großen Aussperrungen ꝛc. haben wohl die einzelnen Verbände Anspruch auf Schutz durch die Gesamtbewegung; die diesbezüglichen Mittel sind jedoch durch allgemeine Sammlungen oder Anleihen zu beschaffen. So waren im letzten Jahre die Verbände der Maler und Schneider an Aussperrungen verwickelt, die diese aus eigener Kraft nicht abzuwehren vermochten. Das Ergebnis der ausgeschriebenen Sammlungen war indes unbefriedigend, was allerdings in der Hauptsache darauf zurückzuführen sein dürfte, daß die Schneideraussperrung an demselben Tage beigelegt wurde, als der Aufruf des Gesamtverbandes erschien, und bezüglich der Aussperrung der Maler während längerer Zeit Verhandlungen schwebten, die ein früheres Beilegen der Differenzen erwarten ließen, als es in Wirklichkeit nachher der Fall war. Der Sammlung fehlte daher der nötige Ansporn. Eingegangen sind insgesamt Mk. **19 601,09**, die den Aussperrungskosten und Bedürfnissen entsprechend an die beiden beteiligten Verbände verabfolgt wurden. Der Betrag ist daher in die Jahresrechnung nicht einbezogen worden.

Buchhandlung.

Die Buchhandlung des Gesamtverbandes erzielte einen befriedigenden Umsatz. Durch den Gesamtverband wurden im Berichtsjahr herausgegeben: Giesberts: „Die christlichen Gewerkschaften in der Arbeiterbewegung, in der Volkswirtschaft und im öffentlichen Leben" (23000 Auflage), das „Jahrbuch der christlichen Gewerkschaften" (10000 Auflage) und „die Gelben", mit besonderer Berücksichtigung der Gelben Frankreichs (10000 Auflage); auch von dem „Bericht über die Verhandlungen des zweiten deutschen Arbeiterkongresses" hat die Buchhandlung den Verlag übernommen, und vor wenigen Wochen erschien: „Die gegenwärtige wirtschaftliche Lage, ein Rückblick und Ausblick im Januar 1908", ebenfalls in einer Auflage von 10000 Exemplaren. Im Verlaufe dieses Jahres ist beabsichtigt, die Protokolle über den ersten, zweiten und dritten Kongreß der christlichen Gewerkschaften in einer weiteren Auflage herauszugeben. Ueber die beiden ersten Kongresse sind bekanntlich Protokolle nicht erschienen, so daß diese auch nachträglich nur unvollkommen, an Hand der damals berichtenden Gewerkschafts- und Tagespresse, angefertigt werden können; das Protokoll des dritten Krefelder Kongresses dagegen ist schon seit Jahren vergriffen.

Die Ausgaben aus dem Buchhandel sind um Mk. 3 184,59 höher als die Einnahmen, was darauf zurückzuführen ist, daß im vorigen Jahre die außenstehenden Forderungen Mk. 1545,68 und der Bücherbestand Mk. 3000 betrugen (siehe Zentralblatt Nr. 4, Jahrg. 1907), während am Schlusse des verflossenen Jahres die Guthaben der Buchhandlung an deren Bezieher sich auf Mk. 2539,72 erhöhten und der Bücherbestand laut Inventur auf den Wert von über Mk. **10 000** angewachsen ist. Der Bestand des Jahrbuches der christlichen Gewerkschaften stellt allein einen Wert von über Mk. 3500 dar. Beiträge zum Gesamtverband sind noch ca. Mk. 500 ausständig. An Darlehen wurden im Berichtsjahre verschiedenen Verbänden aus der Kasse des Gesamtverbandes Mk. 6000 gewährt. Mk. 1500, die ein Verband in früheren Jahren erhalten hatte, wurden von demselben in 1907 wieder zurückerstattet. Insgesamt betragen die Guthaben des Gesamtverbandes an Darlehen, die mehrere Verbände in den letzten Jahren erhielten, Mk. 9500.

„Herr im Hause"?

Wenn auch so manch reiche Unternehmer und viele Arbeitgeberverbände erfreulicherweise den alten absolutistischen Standpunkt aufgegeben haben, daß man mit den Gewerkschaften und ihren Vertretern über die Regelung der Arbeitsverhältnisse nicht verhandeln könne, weil man „Herr im Hause" bleiben wolle, so gibt es doch anderseits noch manche, welche an diesem Grundsatz hartnäckig festhalten. Von diesen wird — im Sinne des Zentralverbandes deutscher Industrieller — die „Einmischung" Dritter, Betriebsfremder, „berufsmäßiger Hetzer" abgelehnt, den Gewerkschaften die Anerkennung als Arbeitervertretung versagt und sogar das Aufkommen von Arbeiterausschüssen bekämpft, da der Arbeitsvertrag nur mit dem einzelnen Arbeiter abgeschlossen werde und demgemäß nur mit dem einzelnen Arbeiter verhandelt werden könne. Letzterer erhält einfach die Arbeitsbedingungen zur Unterschrift, passen sie ihm nicht, so mag er sich anderswo Arbeit suchen; „verhandelt" wird nicht. Es sieht beinahe so aus, als pochten die betr. Unternehmer um so hartnäckiger auf diese angebliche „Herrschaft im eignen Hause", je mehr die Kartelle und ähnliche Vereinigungen ihre Selbständigkeit als Produzenten einschränken und beseitigen.

Aber nicht nur inbezug auf die Produktion, d. h. ihre eigentliche gewerbliche Tätigkeit, sind die Unternehmer heute vielfach beschränkt, sondern auch hinsichtlich der Regelung der Arbeitsverhältnisse ihrer Betriebe, und zwar durch die Arbeitgeberverbände. Interessante Mitteilungen macht hierüber Dr. Gerhard Keßler in seinem vom Verein für Sozialpolitik herausgegebenen Buche über die deutschen Arbeitgeberverbände:

Obligatorische Normalarbeitsbedingungen, Abmachungen über die Höchstarbeitszeit und den Mindeststundenlohn sind bei manchen Arbeitgeberverbänden üblich. Durch solche einheitlichen und gleichartigen Arbeitsbedingungen wollen die Verbände Ausständen bei den einzelnen Firmen möglichst vorbeugen. In größeren Bezirken bestehen derartige Normalarbeitsbedingungen z. B. beim Arbeitgeberverband für das Baugewerbe in den rheinisch-westfälischen Industriegebieten (seit 1905) und in zahlreichen Gebieten der Textilindustrie. Vom Arbeitgeberschutzverband für das deutsche Holzgewerbe wurde durch Generalversammlungsbeschluß eine 60stündige Maximalarbeitswoche festgelegt. Auch Mindestlohnsätze sind von manchen Verbänden vorgeschrieben, besonders in der Textilindustrie. Anderseits finden sich in einzelnen Fällen auch Festsetzungen über Mindestarbeitszeit und Höchstlöhne, wodurch verhindert werden soll, daß ein besonders gut rentierendes Unternehmen die Löhne ungewöhnlich steigert bezw. die Arbeitszeit erheblich verkürzt und dadurch den übrigen Betrieben Schwierigkeiten bereitet. Weiter haben einige Verbände durch allgemeine Bestimmungen die Bewegungsfreiheit ihrer Mitglieder in der Regelung der Arbeitsverhältnisse beschränkt. Im Arbeitgeberverband Hamburg-Altona z. B. hat jeder Einzelverein, bevor er Veränderungen von größerer Tragweite in den Arbeitsbedingungen eintreten läßt, die Pflicht, dem Verbande Gelegenheit zu geben, diese Veränderungen seinerseits zu erörtern. Im Arbeitgeberverband Magdeburg darf kein Mitglied ohne Zustimmung des Vorstandes oder der Branchengruppe prinzipielle Aenderungen an den bisherigen Arbeitsbedingungen vornehmen.

Diese Machtbefugnisse, welche die Verbände schon in friedlichen Zeiten gegenüber ihren Mitgliedern besitzen und durch Strafbestimmungen zur Geltung zu bringen wissen, sind naturgemäß bei Streiks oder Aussperrungen noch erweitert und verschärft. Ist in dem Betriebe eines Verbandsmitgliedes ein Ausstand ausgebrochen und hat sich der Verband nach Prüfung der Sachlage auf die Seite des Arbeitgebers gestellt, so übernimmt vielfach der Verband in dem betr. Betriebe die Oberleitung unter mehr oder minder energischer Ausschaltung des eigentlichen Betriebsleiters bezw. des Eigentümers. Manche Verbände gehen dabei sehr weit, so die Vereinigung Berliner Metallwarenfabrikanten, in welcher eine Vertrauenskommission entscheidet, „wie sich das Mitglied den Arbeitnehmern gegenüber zu verhalten hat". Der Arbeitgeberverband Magdeburg verlangt von seinen Mitgliedern, daß sie mit betriebsfremden Arbeitern niemals, mit den eigenen nur soweit verhandeln, um die Wünsche der Arbeiter dem Vorstand übermitteln zu können. Während des Ausstandes hat sich der Arbeitgeber den Anordnungen des Verbandsvorstandes jederzeit zu fügen.

Man könnte nun einwenden: Diese Machtbefugnisse haben die Verbände aber doch nur gegenüber ihren Mitgliedern, die sich freiwillig ihrer Oberleitung gefügt haben; die übrigen Arbeitgeber sind doch frei und unbeschränkt hinsichtlich der Regelung ihrer Arbeitsverhältnisse, sind wirklich noch „Herr im Hause". Das wäre zutreffend, wenn die Verbände sich um die nichtorganisierten Unternehmer des betr. Gewerbes gar nicht kümmerten. Das ist aber keineswegs der Fall. Im Gegenteil! Ist in einem Gewerbe ein Kampf um die Regelung der Lohn- oder Arbeitsverhältnisse ausgebrochen und hat der Arbeitgeberverband zu seiner schärfsten Waffe, der Aussperrung gegriffen, so ist es ihm natürlich nicht gleichgültig, ob die Unorganisierten, die Outsiders, zu beliebigen Arbeitsbedingungen weiterarbeiten lassen, vielleicht sogar ihre Betriebe mit Hilfe streikender oder ausgesperrter Arbeiter erweitern und auf Kosten der Verbandsmitglieder gute Geschäfte machen. Es wird daher in der Regel auf die Nichtverbandsmitglieder ein gewisser Druck ausgeübt, sich den Anordnungen des Verbandes ebenfalls zu fügen. Und vielfach wird zu diesem Zwecke ein ebenso einfaches wie wirksames Mittel angewandt: die sogen. Materialiensperre.

Dieses Verfahren besteht darin, daß der Arbeitgeberverband die Lieferanten verpflichtet, während einer Aussperrung weder an organisierte noch unorganisierte Unternehmer des betr. Gewerbes etwas zu leisten und zu liefern. Um die Lieferanten gefügig zu machen, genügt gewöhnlich der Hinweis, daß der Arbeitgeberverband die meisten und kapitalkräftigsten ihrer Kunden am Orte umfasse, und daß ihnen diese Kundschaft verloren gehen würde, wenn sie die Materialiensperre nicht durchführen wollten. Dem von dieser Sperre betroffenen nichtorganisierten Unternehmer bleibt dann in der Regel nichts anderes übrig, als sich den Anordnungen des Verbandes einfach zu unterwerfen. Uebrigens dient die Materialiensperre bisweilen auch dazu, einem Arbeitgeberverband neue Mitglieder — wenn auch widerwillige — anzugliedern. So hat z. B. der Arbeitgeberverband Wilhelmshaven-Rüstringen, eine Organisation des Baugewerbes im weitesten Sinne mit Einschluß der Lieferanten, folgende statutarische Bestimmung (1906) beschlossen: „Selbständige Angehörige der Gewerbe, die nach den Bestimmungen des Statuts Mitglieder des Arbeitgeberverbandes sein können, haben im Bezirk Wilhelmshaven-Rüstringen letzterem anzugehören. Es dürfen für solche Gewerbetreibende, die nicht Mitglieder werden wollen, keine Arbeitsleistungen und Lieferungen ausgeführt werden; umgekehrt dürfen letztere auch keine Arbeitsleistungen und Lieferungen von Nichtmitgliedern ausführen lassen."

Dem Nichtmitglied bleibt also keine Existenzmöglichkeit, es muß dem Verbande beitreten oder seinen Betrieb schließen. Das ist Koalitionszwang; es ist genau dasselbe, was bei Arbeiterorganisationen als Terrorismus bezeichnet und gemäß § 153 der Gewerbeordnung bestraft wird. Auf der Arbeitgeberseite freilich bleibt der Koalitionszwang meist ungeahndet; kein Wunder, daß noch immer Arbeitgeber für eine Verschärfung des § 153, statt für Beseitigung desselben eintreten und nicht einsehen wollen, daß es genügte, den Koalitionszwang zu bestrafen, wenn er gegen das Strafgesetzbuch verstößt. Das Zwangsmittel der Materialiensperre ist besonders im Baugewerbe üblich; ob es auch in der Großindustrie zur Anwendung gelangt, konnte der Verfasser des genannten Buches nicht feststellen. Doch ist anzunehmen, daß auch hier, wenn nicht in dieser, dann in anderer Weise auf unorganisierte Unternehmer ein Druck ausgeübt wird, sich dem Verband anzuschließen bezw. seinen Anordnungen zu fügen.

Die Arbeitgeberverbände haben also hinsichtlich der Regelung der Arbeitsverhältnisse eine große Macht gegenüber ihren Mitgliedern, ja sogar über deren Kreis hinaus erlangt. Im allgemeinen liegt das auch sicherlich im Interesse vernünftiger Regelung und Ausgleichung der Arbeitsbedingungen, wie es auch für die friedliche Verständigung von Unternehmern und Arbeitern, für die Tarifgemeinschaft und alle andern paritätischen Einrichtungen von höchstem Werte ist, wenn die beiderseitigen Verbände über eine kräftige Autorität ihren Mitgliedern gegenüber verfügen. „Nur die alte Phrase", sagt Dr. Keßler mit Recht, „daß der deutsche Unternehmer Herr im eignen Hause sein wolle und sein müsse, ist angesichts der geschilderten Verhältnisse völlig unhaltbar geworden".

Möge man zu dieser Einsicht mehr und mehr auch in denjenigen Arbeitgeberkreisen gelangen, die immer noch an dieser Phrase und an dem Standpunkt des Nichtverhandelns mit den Gewerkschaften festhalten.

Aus dem Verbandsgebiete.

Aus unsern Bezirken.

Ober-Elsaß.

Niedermünsterbach. Langsam, aber stetig breitet sich in der hiesigen Gegend der Organisationsgedanke aus. Die Entwicklung der Bewegung ist eine gesunde; mit der allmählichen äußeren Erstarkung unserer Organisation nimmt auch die innere Festigung der Mitglieder zu. Allerdings gibts noch viele Schwierigkeiten und Vorurteile zu überwinden. Die Verständnislosigkeit in Arbeiterfragen, die Gleichgültigkeit gegenüber der Wahrung der eigenen Standesinteressen ist noch stark verbreitet. Und doch wäre hier noch manches zu bessern. Nicht nur bezüglich der Arbeitslöhne, auch die Regelung der Arbeitszeit läßt noch viel zu wünschen übrig. Trotzdem in allen größeren Industrieorten im Elsaß bereits der zehnstündige und auch im benachbarten Altkirch der 10½stündige Arbeitstag eingeführt ist, hält man in Rappenzweiler und Waldighofen mit zäher Energie, die einer besseren Sache würdig wäre, an der elfstündigen Arbeitszeit fest. Und doch wäre eine Verkürzung der Arbeitszeit mit entsprechender Lohnzulage hier ebenso gut möglich wie anderswo. Auch die Durchführung mancher Arbeiterschutzbestimmungen ist noch sehr mangelhaft. Ursache genug für die fernstehenden, gleichgültig dahinlebenden Kollegen und Kolleginnen, sich endlich auf ihre Standespflichten zu besinnen und sich der Organisation anzuschließen. Mit gelegentlichem Schimpfen und Raisonnieren wird nichts gebessert. Durch die Organisation wird auch die geistige und allgemeine Bildung des Arbeiterstandes gehoben. Das trägt dazu bei, Vorkommnisse, wie sie bei uns in letzter Zeit zum Schaden der Arbeitersache zu verzeichnen waren, aus der Welt zu schaffen. Bei der in Rappenzweiler seit Jahren zum erstenmal vorgenommenen Delegiertenwahl zur Betriebskrankenkasse gelang es, dank der rührigen Tätigkeit unserer Kollegen, eine Anzahl christlich organisierter Arbeiter durchzubringen. Statt sich zu freuen, daß dank unserer Einwirkung und Aufklärungsarbeit endlich einmal die Delegiertenwahl gesetzmäßig vorgenommen wurde, benutzten einige Arbeiter die Wahl als günstige Gelegenheit, ihre Unvernunft offen darzulegen. Sie beschrieben ihren Stimmzettel mit allerlei Schmutzereien und faden Bemerkungen, sowie mit persönlichen Beschimpfungen der Vorgesetzten und glaubten dann wohl noch wunder was für 'ne Heldentat verübt zu haben. Eine derartige Handlungsweise ist bedauerlich und kann nicht scharf genug verurteilt werden. Solche Arbeiter schneiden sich ins eigene Fleisch und schädigen die Arbeiterinteressen aufs schwerste. Ein organisierter Arbeiter handelt jedenfalls nicht so. Aehnlich liegen die Dinge auf andern Gebieten. Da geben sich z. B. die organisierten Arbeiter alle Mühe, in gesundheitlicher Beziehung und auch auf andern Gebieten, sofern Anstand und Sittlichkeit es erfordern, Verbesserungen zu erreichen. Sie treten u. a. ein für Schaffung von Wasch- und Ankleideräume, für nach dem Geschlecht getrennte, sauber gehaltene Aborte und dergl. Nun wurden im Betrieb in Rappenzweiler unlängst neue, saubere Aborte eingerichtet. Nach einigen Monaten waren bereits wieder die Türen zerschnitten, auch sonstige Beschädigungen verursacht, sodaß die Aborte bald wieder das alte Bild boten. Durch die Schuld gedankenloser, unvernünftiger Arbeiter! Pflicht eines jeden besonnenen und speziell eines jeden christlich organisierten Arbeiters ist es, derartigem Unfug entgegenzutreten, jene Elemente, die sich solches zuschulden kommen lassen, zu verwarnen und, falls dieselben trotzdem ihr gemeingefährliches Treiben fortsetzen, rücksichtslos zur Anzeige zu bringen. Verwerflich ist auch, daß manchmal haufenweise Abgang und nicht selten ganze Bobinen in den Abort geworfen werden. Nun wird hier derjenige Weber, der mit seinem Material nicht auskommt, bestraft. Wir betrachten eine derartige Strafe für ungerecht und erstreben deren Beseitigung. Solange aber die obenerwähnte Vergeudung des Arbeitsmaterials vorkommt, kann der Arbeitgeber mit einer gewissen Berechtigung derartige Strafen aufrechterhalten. Es muß dann der Unschuldige mit dem Schuldigen leiden.

So können Arbeiter selbst zum Hemmschuh der Emporentwicklung des eigenen Standes werden. Allerdings tragen auch die Arbeitgeber einen Teil der Schuld an solchen Vorgängen. Die Gewerkschaften, die den Arbeiter nicht nur wirtschaftlich, sondern auch geistig und moralisch heben wollen, bekämpft man, sucht sie gar zu vernichten. Statt die Forderungen der Arbeiter objektiv zu prüfen und sich mit den letzteren zu verständigen, stellt man sich auf den brüsk

Rundschau auf dem Wirtschaftsmarkte.

Zweite Hälfte Februar 1908.

Zeichen der Zeit. — Geldmarkt. — Lehren aus der amerikanischen Krisis. — Kohlen und Eisen.

Neulich wurde auf die „Massenfusionen" hingewiesen, durch die das unveränderte Fortbestehen der schlechten Konjunktur beleuchtet werde. In der diesmaligen Berichtsperiode verdient Beachtung die Meldung von einer weiteren Verschmelzung, die, falls sie zustande kommt, auf einen Teil des Wirtschaftsmarktes bedeutenden Einfluß ausüben wird. Es handelt sich um die Fusion der Aktiengesellschaft „Neptun", Schiffswerft und Maschinenfabrik in Rostock, mit den Howaldtwerken und der Siderwerft. Die bisher noch schwebenden Verhandlungen dürften schon bald zu einer Einigung führen. Da die Gesellschaft „Neptun" allein etwa 1700 Arbeiter und Beamte beschäftigt, so wird für das neue Unternehmen kaum noch eine ernstliche Konkurrenz in Betracht kommen. Man sucht sich gegenseitig aufzurichten.

Besser als diese Meldung illustriert die gegenwärtige unerquickliche Lage diejenige von dem Abschluß eines Syndikats der deutschen Kaltwalzwerke zu dem ausgesprochenen Zwecke, „die bisher sehr gedrückten, teilweise unter Selbstkosten gehenden Preise aufzubessern." Die Bedeutung des Syndikats mag durch die Anführung nur dreier Firmen (von vielen), die demselben beigetreten sind, angedeutet werden: Thyssen u. Co. in Mülheim, Hohenlimburger Walzwerke und Drahtzieherei, Reinhardsche Eisen- und Stahldrahtwerke in Schwelm. Die Sorge um Aufbesserung der Preise hat zweifellos auch den Verband der deutschen Strohhut- und Damen-Filzhut-Fabrikanten veranlaßt, mit dem Putz-Großisten-verbande einen Kartellvertrag einzugehen und von der nächsten Geschäftszeit ab die dem Putz-Großisten-verband nicht angehörenden Firmen zu sperren und gleichzeitig den Abschluß von Verträgen mit diesen Firmen, welche geeigneter erscheinen, die Sperre zu beeinträchtigen, bei hoher Vereinbarungsstrafe zu unterlassen. Zeichen der Zeit!

Als solches erscheint uns auch der endliche Zusammenbruch des in Börsenkreisen lange als „verdächtig" angesehenen Bankhauses Friedberg-Berlin, eines durch riesige Reklame weithin bekannt gewordenen Schwindel-Unternehmens. Die schlechte Konjunktur gräbt ja gerade solchen Unkrautpflanzen zu allererst das Wasser ab. In Zeiten der Hochkonjunktur und des flüssigen Geldmarktes fehlt es nie an Opfern, die ein geriebener „Bankier" schröpfen kann. Die „Gesichte" hat den Vorschlag auftauchen lassen, eine Art Staatsaufsicht bei den Banken einzuführen. Die bevorstehende Beratung der Börsengesetznovelle wird Gelegenheit geben, diese Vorschläge zur Sprache zu bringen. Den Börsenkreisen wird's etwas unheimlich bei dem Gedanken.

Noch ein Zeichen der Zeit: die Entlassung der Reichsbank hinsichtlich des Bargeldbestandes und der Belehnungsrechnung Ende vorigen und Anfang dieses Monats hielt mit der gleichen Zeit des Vorjahres nicht gleichen Schritt, was deshalb besonders auffiel, weil infolge der unbestreitbaren Verschlechterung der geschäftlichen Verhältnisse Gewerbe und Handel weniger Geldbedarf haben. In solchen Zeiten aber macht man öfters die Erfahrung, daß, gerade wenn die Verhältnisse sich verschlechtern, zunächst sich noch stärkerer Geldbedarf zeigt, und daß erst allmählich Nachlassen desselben eintritt. Uebrigens läßt der jüngste Ausweis der Reichsbank die Annahme berechtigt erscheinen, daß eine Ermäßigung des Zinsfußes in nächster Zeit zu erwarten ist. Der Metallbestand der Reichsbank erhöhte sich um 40,5 Millionen gegen nur 36,7 Millionen in der Vergleichswoche des Vorjahres. Gegen die erste Berichtswoche ermäßigten sich die Wechselanreichungen um 33 Millionen, während sie im Vorjahre eine Zunahme um 7 Millionen gebracht hatten. Das zumeist in die Augen fällt, ist, daß die Höhe der Einzahlungen in der letzten Berichtswoche um 42,4 Millionen stieg, gegen nur 12,6 Millionen in der Vergleichswoche des Vorjahres. Die Reichsbank dürfte sich aber mit einer Ermäßigung von ½% begnügen. Sie hält — mit Recht! — ein vorsichtiges Vorgehen noch immer für unbedingt geboten. Denn so lange nicht eine völlige Klärung der Lage stattgefunden — und eine solche dürfte bei der unverändert fortbestehenden Unsicherheit hinsichtlich der zukünftigen Gestaltung der amerikanischen Industrie noch einige Zeit auf sich warten lassen — muß dem Geldmarkte eine straffe Richtschnur erhalten bleiben.

Es erscheint uns angebracht, bei dieser Gelegenheit, in Anlehnung an den in Florenz erscheinenden „Economista", mit einigen Worten der eigenartigen Begleiterscheinungen der amerikanischen Krisis und einiger Lehren daraus zu gedenken. Bekanntlich fehlt den amerikanischen Nationalbanken, im Gegensatz zu denjenigen anderer Länder, eine starke Metallreserve. Daher die völlige Unfähigkeit, als die Krisis akut und das Vertrauen aufs schlimmste erschüttert wurde, den Ansprüchen auch nur zum Teil gerecht zu werden. In Amerika ist sozusagen der ganze Metallvorrat im Besitze des Staates. Die Banken regeln ihren Umlauf durch Papier, durch Staatsobligationen. Was tun angesichts der geradezu drohenden Nachfrage nach flüssigem Geld? Man verfiel auf den überraschenden Ausweg, die Regierung zur Emission von 50 Millionen Dollar 2%tiger Panama und einer gleichhohen Summe von 3%tigen Schatzanweisungen auf ein Jahr, die für Staatsrechnung am Markte verkauft wurden, während die Regierung gegen Leistung der üblichen Garantie den Banken die angesammelten Kapitalien in Depot überließ. In der Tat ein bemerkenswertes Verhalten gegenüber der Krise: man erhöht nicht einfach den Zinsfuß, um die Nachfrage nach Umlaufsmitteln zu verringern, sondern greift zu einer Emission zur Beschaffung weiterer Umlaufsmittel, bis das Vertrauen der Bevölkerung wieder zurückgekehrt ist. So konnten tatsächlich die für den Augenblick benötigten Umlaufsmittel beschafft werden. Es erscheint uns das als ein neuer Beweis dafür, daß durch die Ausgabe papierener Umlaufsmittel vornehmlich die Möglichkeit einer planmäßigen Anpassung der Geldversorgung an den Geldbedarf gegeben ist. Volkswirtschaftler, wie Raffaelovich, sagen, daß die Einführung von Papiergeld in einem bereits gesättigten Organismus die Ausfuhr von Gold zur Folge habe. Hier läßt sich das Gegenteil feststellen. Denn in der Zeit der höchstgestiegenen Krise waren es vielmehr die europäischen Märkte, die den Vereinigten Staaten ganze Mengen des gelben Metalles zusandten. Wir gedenken hier der von Prof. Dr. Helfferich („Das Geld", Berlin 1903), freilich unter anderen Voraussetzungen, aufgestellten Hypothese, daß theoretisch die Möglichkeit bestehen würde, ein reines (d. i. von jeder metallischen Grundlage unabhängiges) Papiergeld in seiner Ausgabe vollkommen den Schwankungen des Geldbedarfs der Volkswirtschaft anzupassen und dadurch manche Störungen zu vermeiden, die bei den metallischen Währungen aus Verschiebungen des Gleichgewichts zwischen Geldbedarf und Geldversorgung hervorgehen können.

Soeben erschienen die Zusammenstellungen des Kaiserl. statistischen Amtes über den deutschen Außenhandel in der Zeit vom 1. Februar. Wir entnehmen denselben, daß in jener Periode die Ausfuhr an Roheisen 69007 Doppelzentner betrug, gegenüber 50676 Dz. in der gleichen Periode des Vorjahres, während sich diese Zahlen für Steinkohlen auf 5169594 gegenüber 4843567 Doppelzentner stellen. Es ergibt sich daraus, wie gering noch immer die Aufnahmefähigkeit des einheimischen Marktes sein muß. Zumteil ist das durch die unentwegte Aufrechterhaltung der viel zu hohen Preise im Inland verschuldet. Dabei kann man, worauf wir wiederholt hingewiesen, im Ausland nur zu Schleuderpreisen absetzen. Freilich hat gegenüber der immer fühlbarer werdenden englischen Konkurrenz im Inlande das Roheisensyndikat sich endlich zu einer größeren „Beweglichkeit" in der Preisfestsetzung entschlossen. Und das Kohlensyndikat — schränkt die Erzeugung weiter ein. Auch eine Politik!

ablehnenden „Herr-im-Hause“ Standpunkt. Dadurch schärft man die Erbitterung und untergräbt das Verantwortlichkeits- und Pflichtgefühl des Arbeiters. Das alles soll uns jedoch nicht abhalten, durch unermüdliche Aufklärungsarbeit dafür zu sorgen, daß Vorkommnisse, wie wir sie eben geschildert haben, in Zukunft unmöglich werden. Dies verlangt schon unsere Standesehre.

Lohnbewegungen und Arbeitsstreitigkeiten.

Die Arbeitsverhältnisse bei der Firma B. H. Kock in Vorghorst. Nur ungern nehmen wir unser Verbandsorgan in Anspruch, wenn es sich um Streitigkeiten zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer handelt. Wir würden es auch heute nicht getan haben, wenn die Verhältnisse bei der Firma B. H. Kock uns nicht dazu gezwungen hätten. In den in letzter Zeit abgehaltenen Fabrikbesprechungen glaubte man sich in Großvaters Zeiten zurückversetzt, und kopfschüttelnd fragte man sich, wie es möglich sein kann, daß derartige Mißstände in einem modernen Betriebe noch existieren. Unter anderm kommt es vor, daß Weber volle drei Wochen auf Ketten warten müssen; bricht eine Schraube an der Maschine, so wird tagelang mit der Reparatur gewartet, weil der Bruch bei einem Schlosser außerhalb des Betriebes ausgebessert werden muß. Die Lohnliste ist so eingerichtet, daß man alle Regeln der Kunst anwenden muß, um seinen verdienten Lohn richtig auszurechnen. Die Angestellten des Betriebes geben das Dienstmädchen für alles ab. So passiert es häufig, daß man auch auf diese halbe ja ganze Tage warten muß. Natürlich sind dieselben weniger schuldig, weil sie, wie schon angedeutet, allerhand Arbeiten verrichten müssen, wie Kämme einreihen usw. In der Fabrikbesprechung wurde beschlossen, die schlimmsten Mißstände durch eine Kommission dem Arbeitgeber zu unterbreiten und um Abstellung derselben zu ersuchen. Wer nun glaubt, die Firma wäre der Kommission entgegengekommen, der irrt sich gewaltig. Man erklärte: „Unsere Maschinen sind in der besten Ordnung; die Anstellung eines weiteren Arbeiters ist nicht notwendig“. Bezüglich der Lohnliste hieß es: „Ihr könnt doch rechnen, ihr seid doch in der Schule gewesen“. Zu dem letzten Punkte könnte man der Firma in etwa recht geben, denn nur zu häufig muß man herausrechnen, daß der Lohn nicht stimmt. Wird man dann vorstellig, dann heißt es: „Sie bekommen noch so und so viel Strafe, weil sie vor einigen Wochen schlechte Waren gemacht haben“. Wie kann man nun gute Waren liefern, wenn das Material oft sehr schlecht ist, so daß auch der beste Arbeiter damit nicht fertig werden kann. Beschwert man sich, so wird man nicht geglaubt. Im allergünstigsten Falle wird die Kette abgenommen, eine Zeitlang zurückgelegt, um sie bei passender Gelegenheit wieder einem andern Arbeiter als Vexierbild zu präsentieren. Vielfach kommt es auch vor, daß die Maschinen nicht funktionieren und dadurch die Ware erheblich schlechter wird. Natürlich wird dem Arbeiter die Schuld gegeben und nicht selten mit Strafe, ja sogar mit Entlassung belohnt. Noch in letzter Zeit ist ein Arbeiter wegen angeblich fehlerhafter Ware entlassen worden. Andere Arbeiter haben freiwillig das Arbeitsverhältnis gelöst, und so steht zu erwarten, daß die Anstellung eines weiteren Stuhlmeisters vielleicht dadurch unnötig gemacht wird, daß ein großer Teil der Maschinen eine gewisse Ruhezeit durchmachen können. Allerdings sind die Angestellten eifrig bemüht, neue Arbeitskräfte heranzuziehen. Wir möchten ihnen bei diesem Geschäft den dringenden Rat geben, anstatt den Arbeitern 24 Mk. Wochenlohn zu versprechen, sie über die wirklichen Verhältnisse genügend aufzuklären. Wenn das geschieht, wird nach unserer festen Ueberzeugung kein denkender Arbeiter sich bewogen fühlen, bei einer Firma zu arbeiten, wo ihre nur zu berechtigten Wünsche einfach ignoriert werden.

Erfolge der Hausagitation.

Münchenbernsdorf:	12	Kollegen,	1	Kolleginnen.
Vorghorst:	27	„	19	„
Rengersdorf:	2	„	14	„
Lechhausen:	4	„	3	„
Neustadt O.-S.:	9	„	6	„

Berichte aus den Ortsgruppen.

Heidenheim. Unsere Generalversammlung fand am 23. Febr. statt. Den Geschäftsbericht erstattete Kollege Hahn. Nach dem Berichte hat sich unsere Ortsgruppe im vergangenen Jahre gut entwickelt. Nur müßte die Bibliothek besser benutzt werden. Kollege Tahler gab den Kassenbericht. Letzterem ist zu entnehmen, daß 1907 zwölf Kranke unterstützt und einmal Sterbegeld ausbezahlt wurde. Der alte Vorstand wurde wiedergewählt. Es wurde beschlossen, das Vertrauensmännersystem besser auszubauen. Ferner sollen Vertrauensleute angestellt werden in sämtlichen Betrieben. Die in einzelnen Fabriken vorherrschenden Mißstände sollen der Gewerbeinspektion unterbreitet werden. Mit einem Schlußwort des Vorsitzenden fand die Versammlung ihr Ende.

Ochtrup. Unsere öffentliche Versammlung vom 23. Febr. war stark besucht. Es waren auch 80 bis 90 Arbeiterinnen erschienen. Zum ersten Male war auch Kollegin Schulte-Emsdetten in Ochtrup anwesend. Sie legte in warmen Worten den Kolleginnen klar, wie notwendig auch für sie die Organisation sei. Dann sprach Kollege Sparenberg-Gronau über das Krankenversicherungsgesetz. Beide Vorträge fanden reichen Beifall. Es wurden noch 30 Aufnahmen gemacht.

Otterberg (Pfalz). Ein indirekter Erfolg. Wie oft schon mußten unsere Kollegen die Worte hören: „Wir wären gerne bereit, dem Verbande beizutreten, es wäre sehr notwendig, doch hier ist nichts zu machen, hier ist alle Mühe umsonst.“ Es wird alsdann über die Rückständigkeit und Gleichgültigkeit anderer, über den gestrengen Herrn Prinzipal usw. losgezogen. Andere Arbeiter wieder sind mit ihren Entschuldigungen etwas unvorsichtiger, sagte doch kürzlich in einer Agitationsversammlung ein Unorganisierter: „Wir treten sofort bei, wenn ihr uns den Beweis liefert, daß durch den Verband auch etwas erreicht werden kann. Der Verband soll mal zuerst etwas für uns leisten.“ Wer lacht da? Daß dies nur leere Redensarten sind, um sich an der Mitarbeit in der Gewerkschaftsbewegung vorbeizudrücken, bedarf kaum der Erwähnung, kommt uns aber wieder recht zum Bewußtsein, wenn wir folgende Zeilen lesen.

In Otterberg (Pfalz) ist eine kleine Weberei, die etwa 200 Arbeiter bezw. Arbeiterinnen beschäftigt. Seit zwei Jahren geben sich die Kollegen von Otterbach und Erfenbach vergeblich Mühe, den Arbeitern dort den Organisationsgedanken beizubringen. Zweimal wurden durch unsere Kollegen am Fabriktor Flugblätter verteilt, welche eigens für die Verhältnisse der pfälzischen Textilindustrie zugeschnitten waren. Daraufhin ließ sich die Direktion sofort herbei, ihren Arbeitern auf mehreren Artikeln eine kleine Lohnaufbesserung von durchschnittlich 3—5% zu gewähren und versprach ihnen außerdem bis Frühjahr „freiwillig“ die 10stündige Arbeitszeit einzuführen. Eine sehr kluge Taktik der Arbeitgeber, fürwahr! Doch wer sollte glauben, daß unsere Arbeiterschaft in dem aufgeklärten Jahrhundert durch solche Taktik sich würde irreführen lassen?

Die Arbeiterschaft von Otterberg hatte also indirekt durch den Verband einen Erfolg; nun sollte man glauben, müßten die Arbeiter für die Organisation reif sein. Nach persönlicher Rücksprache mit mehreren Arbeitern und Arbeiterinnen, nach persönlicher, schriftlicher Einladung, und nachdem 200 Laufzettel verteilt waren, wurde eine Versammlung anberaumt. Aber nur einige Meister mit dem Werkführer an der Spitze, doch kein einziger Arbeiter waren erschienen. In diesem Falle war wirklich alle Mühe umsonst. Hier hat nun der Verband bewiesen, daß er etwas nützt. Doch die Arbeiter von Otterberg, die unter einem 4-Stuhlsystem und 11stündiger Arbeitszeit seufzen, scheinen mit Blindheit und Verstocktheit geschlagen zu sein. Sie verstehen eben nicht ihre Zeit. Doch die schlechte Geschäftskonjunktur in der Textilindustrie wird dazu angetan sein, auch den Arbeitern von Otterberg die Augen zu öffnen. Auch für diese wird der Zeitpunkt nicht mehr ferne sein, wo sie den Verband nötig haben.

Wie wir nachträglich erfahren, soll der Herr Direktor seinen Arbeitern den Besuch der Versammlung verboten haben. Ein deutscher Fürst hat einmal die Worte gesprochen: „Wir Deutsche fürchten nur Gott und sonst nichts auf der Welt.“ Auf die „braven folgsamen“ Arbeiter von Otterberg finden diese Worte jedoch keine Anwendung.

Oggersheim (Pfalz). Für die Zahlstelle Oggersheim wurde zum 20. Febr. eine öffentliche Versammlung angesetzt. Als Referent war Kollege Kuhn-Erfenbach erschienen. Die Kollegen vom christlich-sozialen Metallarbeiterverband, welche die junge Zahlstelle nicht nur allein leiten, sondern bisher auch alle Ausgaben bestritten, ließen es an der nötigen Propaganda gewiß nicht fehlen. Trotzdem war die Versammlung so schwach besucht, daß der Vortrag ausfallen mußte. Es wurde aber eine sehr lehrreiche Besprechung abgehalten. Gemeinsam wurde beraten, wie hier unter den eigenartigen Verhältnissen die gute Sache vorwärts zu bringen sei. Manche neue Anregungen konnten wieder mit nach Hause genommen werden.

Ronsdorf. Aus unserer letzten Mitgliederversammlung möchten wir folgende Punkte erwähnen: Nach Aussage der Revisoren stimmten Kasse und Bücher aufs Beste. Aus dem Bericht der Sekretariats-Konferenz wurde besonders hervorgehoben, daß die Extra-Beiträge für den Kollegen Hamacher in Zukunft etwas pünktlicher abgeliefert werden müßten. Zu diesem Zwecke wurde beschlossen, daß die Vertrauensleute von jetzt ab monatlich und nicht wie früher vierteljährlich beim Kassierer abrechnen. Einen ausführlichen Bericht von der Bezirkskonferenz erstattete Kollege Bergmann. Es wurde der Wunsch geäußert, für die nächste Versammlung einen auswärtigen Redner zu gewinnen. Wir machen nun die Kollegen darauf aufmerksam, daß dieses geschehen ist, und zwar wird in der am 8. März stattfindenden Versammlung, wozu auch die Frauen der Mitglieder recht herzlich eingeladen sind, der Kollege Wanke, welcher längere Jahre in Rußland beschäftigt war, über die dortigen Verhältnisse sprechen.

Sassenberg. Aufklärung in der sozialen Gesetzgebung tut besonders auf dem Lande not. Unkenntnis hat schon manchem Arbeiter geschadet. Es war daher ein guter Gedanke, als unser Bezirksvorsitzender, Kollege Camps, in der letzten Versammlung am 16. Febr., in großen Zügen über Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung referierte, wobei auch örtliche Verhältnisse berücksichtigt wurden. Auf Anfragen in der Diskussion wurden ausführliche Antworten erteilt. Zu wünschen wäre nur, daß bei solchen Versammlungen auch das letzte Mitglied anwesend wäre. In diesem Punkte erwarten wir Besserung.

NB. Wir machen schon jetzt darauf aufmerksam, daß am 15. März eine öffentliche Versammlung stattfindet, in welcher unser Zentralvorsitzender, Kollege Schiffer, referieren wird. Wir hoffen, daß unsere Mitglieder für diese Versammlung tüchtig agitieren.

Schüttorf. Trotz großer Schwierigkeiten geht es hier vorwärts. Ueber 40 neue Mitglieder sind in den letzten Wochen aufgenommen. Um nun auch diese mehr mit den Bestrebungen unseres Verbandes bekannt zu machen, fand am 22. Febr. eine Versammlung statt. In dieser hielt zunächst ein Mitglied einen kurzen Vortrag über die Verhältnisse hiesiger Gegend und widerlegte die Einwände, die gegen den Verband erhoben werden. Alsdann wurden die hauptsächlichsten Bestimmungen der Statuten durchgenommen und erklärt.

Vor allem wurden Anweisungen von Kollegen gegeben, die schon Erfahrungen gesammelt hatten. Niemand dürfe verzagen, wenn auch mal Stürme brausen. Immer mit Mannesmut dem gesteckten Ziel zugestrebt. Vorwärts immer, rückwärts nimmer, klang es durch die kurzen, kernigen Vorträge zweier jüngerer Kollegen. Diese Versammlung war für die neuen Mitglieder eine lehrreiche, für die alten ein Ansporn zur weiteren Agitation.

Todtnau. Am 16. Febr. fand die Generalversammlung unserer Ortsgruppe statt. Als erster Punkt der Tagesordnung erstattete der Kassierer den Kassenbericht. Die Revisoren erklärten, Kasse, Bücher und Belege in bester Ordnung befunden zu haben, worauf dem Kassierer Entlastung erteilt wurde. Da unser erster Vorsitzender sein Amt niederlegte, wurde an dessen Stelle Kollege Heitzmann gewählt. Als zweiter Vorsitzender wurde Christian Herzog neu-, als Kassierer Kollege Schmidt und als Schriftführer Kollege Amann wiedergewählt.

Verlautenheide. An unsere Mitglieder! Unser neuer Kassierer Johann Herrmann hat die Zeit zur Abholung des Krankengeldes von 11—12 Uhr jeden Sonntag zur Verfügung gestellt, also ist für jedes Mitglied die Gelegenheit gegeben, von dieser Stunde Gebrauch zu machen, da zu anderer Zeit nicht ausgezahlt wird. Auch wird hiermit nochmals darauf hingewiesen, daß jedes Mitglied im eigensten Interesse verpflichtet ist, sich so gut es eben geht vor Schaden zu bewahren, denn es kann nur von dem Tage an, wo die Krankmeldung erfolgt, berechnet werden. Daß eine siebentägige Karenzzeit besteht, muß ohnedem jedes Mitglied wissen. Neue Mitglieder können sich beim Vorstand und den Vertrauensleuten jederzeit melden.

Aus unserer Industrie.

Ueber den Beschäftigungsgrad in der Textilindustrie im Monat Januar

berichtet das „Reichsarbeitsblatt“:

Aus der rheinisch-westfälischen Baumwollspinnerei wird gemeldet, daß im Januar eine entschiedene Verschlechterung stattgefunden hat. Es wurden nur sehr geringe Mengen Garn neu gekauft, in der Regel für prompten Bedarf; auch diese Geschäfte kommen nach dem Bericht nur als Preiskonzessionen seitens der Spinner zustande. Auch der Garnabruf hat nachgelassen, was auf den ungünstigen Gang der Webereien, die teilweise zu Betriebseinschränkungen übergegangen sind, zurückgeführt wird. Männliche Arbeiter sind in genügender Zahl zu haben, aber weibliche Arbeitskräfte, namentlich unverheiratete Arbeiterinnen fehlen nach wie vor.

In der elsässischen Baumwollspinnerei war der Geschäftsgang unverändert schwach.

Die bayerischen und württembergischen Baumwollspinnereien und Webereien waren besonders mit Rücksicht auf vorhandene langfristige Lieferungsaufträge im allgemeinen gut beschäftigt. Doch wird aus Bayern berichtet, daß die Nachfrage nahezu tot ist, da die Furcht vor einer allgemeinen Abflauung in den Kundenkreisen noch nicht überwunden ist. Ein großer bayerischer Betrieb gewährt vom 1. Januar 1908 ab unaufgefordert eine Teuerungszulage von 10%.

Der Bericht aus der Baumwollspinnerei des hannoverschen Bezirks geht dahin, daß die alten Aufträge noch für einige Zeit (4—6 Monate) Beschäftigung gewähren, neue Abschlüsse hingegen fast gar nicht zustande kommen.

In der schlesischen Baumwollspinnerei und Zwirnerei, Garnfärberei und Bleiche war die Beschäftigung zwar noch leidlich gut, ein Abflauen war jedoch unverkennbar. Die Abforderungen werden geringer, neue Aufträge gehen fast gar nicht ein. Der Bericht über die Betriebe der Baumwollenbuntweberei, Ausrüstung und Veredelung baumwollener Gewebe durch Bleiche, Druckerei, Färberei und Appretur lautet ähnlich. Die Kundschaft besitzt große Läger und ist zu neuen Abschlüssen nicht zu bewegen. Teilweise haben bereits Arbeitseinschränkungen schon stattgefunden.

Auch in der sächsischen Vigognespinnerei macht sich stellenweise die Tendenz bemerkbar, die Betriebe einzuschränken. In verschiedenen Betrieben war der Beschäftigungsgrad noch ausreichend, in andern aber geradezu schlecht.

Die bereits im Vormonat berichtete Verschlechterung in der schlesischen Kammgarnspinnerei hielt auch im Berichtsmonat an. Das Angebot ungelernter Arbeitskräfte wuchs, an gelernten Arbeitskräften herrschte hingegen Mangel.

Die Hanfspinnereien und Bindfadenfabriken waren, von Ausnahmen abgesehen, im wesentlichen gut beschäftigt. Besonders in Bayern herrschte Mangel an geeigneten weiblichen Arbeitskräften.

Die Lage in den Roßhaarspinnereien war wie im Vormonat nicht befriedigend und ungünstiger als im gleichen Monate des Vorjahres. Arbeiter boten sich reichlich an.

Was die schlesische Leinenfabrikation betrifft, so herrschte in Niederschlesien und im Landeshuter Bezirk im Zusammenhang mit dem hohen Bankdiskont, den hohen Garnpreisen und dem Ausbleiben der amerikanischen Ordres ein recht schwacher Geschäftsgang. Das Angebot an Arbeitskräften deckte im allgemeinen die Nachfrage.

In der schlesischen Tuchfabrikation trat dem Vormonat gegenüber fast überall eine Verschlechterung ein, nur in Görlitz war, dem Bericht zufolge, die Lage noch gut.

In der schlesischen Wollwarenfabrikation war hingegen der Geschäftsgang im allgemeinen normal, eher sogar etwas besser als um die gleiche Zeit des Vorjahrs.

Die Berliner Strickwarenbranche war der Mehrzahl der Berichte zufolge befriedigend beschäftigt.

In der Krefelder Seidenstoffweberei trat eine weitere Verschlechterung gegenüber dem Dez. 1907 ein, in der Samtbandweberei flaute die Lage im allgemeinen etwas ab. In der Samtweberei wurde die Produktion im Berichtsmonat wesentlich ermäßigt.

In der Plauener Spitzen- und Stickereiindustrie sind die Verhältnisse im wesentlichen dieselben wie im Vormonat geblieben.

In den Färbereien und Appreturanstalten hielt der in den Vormonaten gemeldete Rückgang an. In den elsässischen Druckereien war die Beschäftigung nach wie vor ungenügend.

Zusammenschlußbestrebungen der deutschen Buntwebereien.

In den letzten Tagen ist ein von den maßgebenden Buntwebereien Schlesiens, Sachsens, des Rheinlandes, Westfalens usw. unterzeichnetes Rundschreiben ergangen, in welchem die gesamten deutschen Buntwebereibesitzer zu einer demnächst in Leipzig stattfindenden Versammlung eingeladen werden. Dort soll über einen engeren Zusammenschluß beraten werden. Das Rundschreiben weist darauf hin, daß die außerordentliche Vielgestaltigkeit in der Buntwebereibranche einem allgemeinen Zusammenschluß zwar Schwierigkeiten in den Weg stelle, daß aber die immer deutlicher zutage tretenden Uebelstände einen Zusammenschluß dringend forderten, wenn die Buntweberei neben den ihr verwandten Industriezweigen erfolgreich weiter existieren wolle. Die geplante Vereinigung erstrebt vor allem Einführung einheitlicher Berechnungsgrundlagen und Lieferungsbedingungen. Wie wir hören, beabsichtigt eine Anzahl Buntwebereien (namentlich Türkischrotwebereien) Westfalens, Bocholts, M.-Gladbachs usw. zunächst eine Vorversammlung in Düsseldorf abzuhalten.

Leipz. Montschr. f. Text.

Gewerkschaftliches.

Aus unseren Verbänden.

Ein Mahnruf an die Kolleginnen. „Der Mann muß hinaus ins feindliche Leben, muß wirken und streben . . .“, so sang der große Dichter Schiller einmal. Schiller lebte in einer Zeit, in der starr in die Luft ragende Fabrikschlote noch nicht zu finden waren, in der die Industrie wenigstens in größerem Umfange in Deutschland noch unbekannt war. Drinnen im Hause waltete noch überall die züchtige Hausfrau, „lehrte die Mädchen und wehrte die Knaben und drehte um die schnurrende Spindel den Faden.“ Wie ist manches anders geworden, ja vieles auf den Kopf gestellt. Wenn Schiller heute noch leben würde, könnte er mit Berechtigung nicht mehr singen: „Sie dreht um die schnurrende Spindel den Faden.“ Als Rarität zeigt manche Familie noch wohl ein Spinnrad in einer düsteren Ecke oben auf dem Dachboden. Keine Mutter singt heute mehr: „Spinn, spinn, spinn Töchterlein.“ Die Tochter muß heute in die Fabrik, muß an lebensgefährlichen Maschinen, zwischen summenden Riemen und unter guten und schlechten Kolleginnen und Kollegen und Vorgesetzten den Lebensunterhalt verdienen. Schiller müßte sein Lied von der Glocke dahin ergänzen, daß die Frau, die Tochter, ihrem natürlichen Berufe entrissen, auch „hinaus muß ins feindliche Leben, um zu wirken und zu streben“.

Die Fabrikarbeiterin steht mitten im Kampf ums Dasein. Gerade wie der Mann ist sie zu einem wichtigen Produktionsfaktor geworden; sie muß das Fabrikleben durchmachen mit seinen wirtschaftlichen Schäden und Unvollkommenheiten und seinen mannigfachen religiös-sittlichen Gefahren. Ja gerade für die Arbeiterin bietet die Fabrikarbeit Gefahren und Nachteile, die der Mann gar nicht kennt. Für die minder willens- und körperstarke Arbeiterin sind die Arbeitsverhältnisse in der Regel drückender als für den Mann. Dieser, auf seine Manneskraft vertrauend, erzwingt sich sein Recht, wenn es ihm gutwillig nicht gewährt wird. Er kann eventuellen Willkürgelüsten unsozialer Vorgesetzten eher trotzen, seine Manneskraft und sein Mannesmut sind ihm schon ein großer Schutz. Anderseits bietet das Fabrikleben auch gar nicht so viel Gefahren für ihn als für die Arbeiterin. Es sei nur erinnert an die Gefahren auf sittlichem Gebiete. Wie heftig hat eine Arbeiterin mitunter nicht zu kämpfen gegen nichtsnutzige, schmutzige Elemente, die sich leider Gottes unter den Mitarbeitern als auch unter den Vorgesetzten befinden. Ein Mangel an Einrichtungen zum Schutze der Gesundheit und der guten Sitte ist für die Arbeiterin viel empfindlicher. Die Arbeitsbedingungen meint ein Arbeitgeber in der Regel für die Arbeiterin viel mehr nach seinem Gutdünken bestimmen zu können, als für den männlichen Arbeiter. Darum hat die Arbeiterin den Schutz der gewerkschaftlichen Organisation auch sicher so notwendig als der Mann, ganz abgesehen davon, daß die weibliche Arbeitskraft eine bedeutende Konkurrentin des Mannes ist, solange sie nicht mit diesem Schulter an Schulter für eine Hebung des gesamten Arbeiterstandes kämpft.

Die Frau gehört ins Haus! Das ist eine schöne, aber auch eine leere, unwahre Phrase. Wer damit die moderne Arbeiterinnenfrage zu lösen meint, der ist ein armer Tor. Die Zahl der Fabrikarbeiterinnen nimmt rasend zu. Immer mehr Frauen und Mädchen werden in das Erwerbsleben hineingestoßen, müssen den Weg zur Fabrik suchen, müssen ihre Arbeitskraft in den Dienst der Industrie stellen. Im Jahre 1906 nahm die Zahl der Fabrikarbeiterinnen um 64070 zu und stieg damit auf 1245843. An dieser Steigerung sind alle Altersgrade beteiligt, wie durch die folgende Gegenüberstellung ersichtlich ist:

Arbeiterinnen	1904	1905	1906
über 21 Jahre alt	608950	633918	668820
von 16—21 Jahre alt	379179	406829	426200
von 14—16 „ „	127484	135673	145325
unter 14 Jahre alt	4100	3474	4619
insgesamt	1119713	1189894	1244964

Zu der Gesamtsumme kommen noch 879 Arbeiterinnen im Herzogtum Braunschweig, für welche die Altersstufen nicht angegeben sind.

In welchem Verhältnis die einzelnen Altersstufen an der Zunahme in den letzten zwei Jahren beteiligt sind, zeigt diese Zusammenstellung:

Zunahme in 1906 geg. 1904	über 21 J. alt	16—21 Jahre alt	14—16 Jahre alt	unter 14 J. alt	unter 16 J. alt	insges.
Absolut	58870	47021	17841	519	18360	125251
In Proz.	9,83	12,40	14,0	12,41	13,95	11,18

Also in den jüngsten Altersstufen ist die relative Zunahme am allergrößten. Das ist eine bemerkenswerte Erscheinung. Wie die obigen Zahlen ergeben, sind im letzten Jahre 149944 Arbeiterinnen unter 16 Jahre alt in Fabriken beschäftigt gewesen. Und unter dieser Schar befanden sich 4619 weibliche Kinder!

Von der Gesamtzahl der Arbeiterinnen im Jahre 1905 waren in der Textilindustrie beschäftigt:

über 21 Jahre alt	251504
von 16—21 Jahre alt	134759
von 14—16 „ „	45134
insgesamt	441397

Heute wird die Zahl der Arbeiterinnen in der Textilindustrie rund eine halbe Million betragen. Besonders bemerkenswert ist, daß die Zahl der Arbeiterinnen verhältnismäßig viel mehr zunimmt als die der männlichen Arbeiter, letztere also durch die Frauenarbeit immer mehr verdrängt werden. Die Zahlen beweisen, einen wie großen Einfluß die weibliche Arbeitskraft auf die Gestaltung des Arbeitsvertrages ausübt. Die Lebenslage des Arbeiterstandes kann unmöglich ohne Mitwirkung der Arbeiterin gehoben werden. Der Aufstieg des Arbeiterstandes zu einer höheren Kultur, zu größerer gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Anerkennung, ja die Gesundung unseres ganzen Volkslebens wird wesentlich davon abhängig sein, in welchem Maße die Kollegin in der christlichen Gewerkschaft mitarbeitet. Die Befreiung des Arbeiters muß das Werk der Arbeiter selbst sein. Die Befreiung der Arbeiterin aus unwürdigen, unchristlichen und unsittlichen Verhältnissen muß das Werk der **Arbeiterin** selbst sein

* * *

Die vorläufigen Ergebnisse der Hausagitation. Wie erfolgreich eine gute Agitation von Mund zu Mund sein kann, davon legen die uns bis jetzt vorliegenden Zahlen über die Ergebnisse der Hausagitation ein beredetes Zeugnis ab. Das vollständige Resultat können wir noch nicht mitteilen, weil in vielen Ortsgruppen die Agitation noch nicht abgeschlossen, in manchen dieselbe vielleicht noch nicht begonnen wurde. Letztere seien hiermit an ihre Pflicht nochmals erinnert. Es ist Beschluß des Zentralvorstandes, daß in allen Orten, in denen für den Verband noch Arbeiter und Arbeiterinnen zu

gewinnen sind, die Hausagitation durchgeführt werden soll. Und welche Ortsgruppe hätte sich wohl des Idealzustandes zu erfreuen, **alle Kollegen und Kolleginnen als Mitglieder zu zählen?** Diese Freude wird wohl nur wenigen beschieden sein. Also ans Werk! Der Termin, bis zu welchem die Agitation abgeschlossen sein sollte, ist bereits verstrichen.

Eine oberflächliche Zählung ergab, daß gut zwei Drittel der Ortsgruppen die Hausagitation bereits vorgenommen haben. Von diesen wurden gewonnen **1403 männliche Kollegen und 1112 Arbeiterinnen: zusammen hätte demnach unser Verband bis jetzt durch die systematische Agitation 2515 Mitglieder gewonnen; ein Beweis, was bei gutem Willen erreicht werden kann.** Bekanntlich wurden bei der Hausagitation vor zwei Jahren 3000 Mitglieder gewonnen, und es ist zu erhoffen, daß diesmal diese Zahl noch überholt wird. Etwa 60 Ortsgruppen haben die Ergebnisse noch nicht eingeschickt. Würde von diesen durchschnittlich jede 10 neue Mitglieder bringen, dann wäre das erwünschte Ziel erreicht.

Es wird wahr sein, daß durch den schlechten Geschäftsgang die Agitation sehr beeinträchtigt wird, weil jetzt gerade viele Arbeiter und Arbeiterinnen den „hohen" Beitrag scheuen und dabei auch meinen, daß infolge der schlechten Konjunktur die Tätigkeit der Gewerkschaften überhaupt lahm gelegt sei. Gewiß kann in Zeiten wirtschaftlicher Depression die gewerkschaftliche Organisation nicht so sehr Lohnerhöhungen durchführen; aber anderseits erweist sich gerade in solchen Zeiten eine Geschlossenheit der Arbeiter notwendig. **Niemals ist eine Arbeiterschaft so sehr der Gnade und Ungnade des Arbeitgebers überlassen, als zur Zeit eines schlechten Geschäftsganges.** Die vielen Arbeiterentlassungen, die nicht sehr minimalen Lohnreduzierungen beweisen das mehr als Worte tun können. So schrieb vor einigen Wochen ein Unternehmerorgan, daß die Arbeitgeber am liebsten bedeutend am Lohn schneiden würden, wenn sie nur vor großen Kämpfen mit den Arbeitern nicht zurückschreckten. Darum kann gerade in einer Periode wirtschaftlichen Niederganges den Unorganisierten, die aus Mangel an Standesbewußtsein den Reihen der kämpfenden Kollegen bisher fern geblieben sind, die Unsicherheit und die Unwürde der Arbeiterexistenz deutlich gemacht werden. In solchen Zeiten müssen sie einsehen, daß der einzelne Arbeiter nichts mehr als ein Spielball in den Händen des Arbeitgebers ist, und daß die gewerkschaftliche Geschlossenheit der Arbeiter allein den Willkürgelüsten unsozialer und egoistischer Unternehmer ein Paroli bieten kann. Gewiß darf nicht verkannt werden, daß die schlechten Zeiten auch für viele Arbeitgeber **schwere Zeiten** sind, die für sie einen bedeutenden Gewinnausfall oder gar Verluste bringen. Aber diese können sich wieder mit der angenehmeren Tatsache abfinden, daß die guten Zeiten einen desto größeren Gewinn abwerfen. Der Arbeiter dagegen hat nicht nur in den guten Zeiten nicht an den Erträgnissen der Produktion in gerechtem Maße teilgenommen, er soll auch noch in den mageren Zeiten einen großen Teil der Kosten tragen. Das ist eine bittere Ungerechtigkeit, und nur die gewerkschaftliche Organisation ist in der Lage, das Schlimmste von dem Arbeiter abzuhalten. Die Gewerkschaft kann dafür sorgen, daß der Ausfall an Verdienst **auf Arbeitgeber und Arbeiter gerecht verteilt wird,** sei es durch Verkürzung der Arbeitszeit oder sonstige Maßnahmen. Eine gut organisierte Arbeiterschaft wird es auch zuwege bringen, daß **einzelne Kollegen** nicht besonders bitter unter einer Krise zu leiden haben. Tausenden von Arbeitern grinst das Gespenst des Hungers an, weil ihnen durch rücksichtslose Kündigung der Arbeit die notwendigen Existenzmittel genommen wurden. Wie herrliche Früchte reift dagegen die gewerkschaftliche Solidarität, wenn die Kollegen nach Vereinbarungen mit dem Unternehmer die Last **gemeinsam** tragen. Sie verzichten freiwillig auf einen größeren Verdienst, um Arbeiterentlassungen vorzubeugen. Gerade in Zeiten schlechter Konjunktur muß mit aller Energie an dem Ausbau der Organisation gearbeitet werden, um mit dem Steigen des Geschäftsganges die erlittene Einbuße wieder zurückzuholen. Darum: Kolleginnen und Kollegen, agitiert unermüdlich für den Verband!

* * *

Für jeden Vaterlandsfreund mußte es überaus schwer sein, daß der Geist der aufstrebenden Arbeiterschaft vielfach sich den Mächten feindselig entgegenstellte, die allein ein Volk und eine Volksschicht auf die Dauer sittlich gesund erhalten: dem christlichen Geiste und dem nationalen Sinn. Die Bekämpfung der Kirche und des Staates zog einen tiefen Graben zwischen einer solchen Arbeiterbewegung und vielen Freunden unseres Volkes.

Zugleich aber wurde offenbar, daß die Losung mancher Wohlgesinnter „alles für das Volk, nichts durch das Volk" keinen Segen hat. Jährlich werden von der deutschen Arbeitgeberschaft 90 Millionen Mark für Arbeiterwohlfahrtszwecke ausgegeben, aber eine Beseitigung der sozialen Spannung wird dadurch nicht erreicht. Die organischen Fehler solcher Wohltätigkeit sind zu groß. Das eine Werk führt sie ein, das Nachbarwerk nicht. Mit dem Wechsel der Arbeitsstelle geht der Arbeiter zumeist seines Anrechts verlustig. Der Arbeiter argwöhnt, daß durch solche Wohlfahrtseinrichtungen seine Abhängigkeit nur vergrößert werde, und nicht in allen Fällen hat er Unrecht. Er will nicht Wohltaten, sondern sein Recht. Er weist auf diejenigen Fälle hin, in denen ein Arbeitgeber mit seinen Wohlfahrtseinrichtungen prunkt, aber Löhne unter dem Durchschnittssatz zahlt. Auf der Arbeitgeberseite aber entsteht das Bewußtsein, es „geschehe ja so viel", daß Unzufriedenheit nur aus dem undankbaren Sinne entspringen könne. Und doch gibt es nichts Unfruchtbareres, als ein Schelten auf die Undankbarkeit; dankbarer Sinn ist immer ein seltenes, kostbares Pflänzlein gewesen. Und ist es denn so ganz unberechtigt, wenn der Arbeiter sich mancher Wohlfahrtseinrichtungen, z. B. der Arbeiterwohnungen, nicht freut, da er nie danach begehrt hat? Ist es überhaupt ratsam, einem gesunden Menschen Wohltaten ohne Not zu gewähren? Im Gegenteil scheint es uns durchaus erwünscht, wenn der gesunde Arbeiter nicht Wohltaten, sondern ein Vorankommen in eigener Kraft erstrebt.

Es ist nicht gut, die Kräfte der Selbsthilfe ungenutzt zu lassen und sich nur auf Staatshilfe sowie auf die freie Liebestätigkeit als Heilmittel aller Schäden zu verlassen. Das Wirkungsgebiet dieser beiden bleibt immer noch übergroß, auch wenn die Selbsthilfe des Arbeiterstandes, sonderlich die Kräfte des freien Zusammenschlusses, genutzt werden. Zu der Arbeiterwelt, sonderlich in ihrer Oberschicht regt sich gewaltig der Organisationsdrang, und — jetzt auch in christlich-nationalem Geiste.

Gelingt es dieser neuen Arbeiterbewegung, die nach der Zählung auf ihrem Berliner Kongreß Oktober 1907 1 124 000 Mitglieder zählt, praktische Erfolge zu erzielen und ihre einheitliche Organisation auszubauen, so ist es für sie nicht aussichtslos, mit der marxistischen Bewegung um die deutsche Volksseele zu ringen.

Schon machen sich die belebenden Wirkungen des Zusammenschlusses vielfach bemerkbar. Aber wie gering ist noch die Zahl der Persönlichkeiten aus anderen Ständen, die ihr durch Vorträge und Mitarbeit ein tätiges Interesse entgegenbringen und dabei die Mündigkeit des Arbeiterstandes anerkennen. Darum enden unsere Ausführungen mit der Bitte, nicht nur stille Christenfreude an solcher Bewegung zu haben, sondern auch, soweit die Kraft reicht, Christentat! Wohl haben unser christlicher Glaube und die christliche Gemeinschaft die Gewähr ewigen Bestandes. Aber die Zukunft unseres deutschen Volkes hängt davon ab, daß die gegenwärtige soziale Spannung zwischen den Ständen unseres Volkes durch einen lebensmächtigen christlich-nationalen Geist überwunden werde. Dazu ist es nötig, daß eine gesunde Organisation der Berufsstände erstarke.

Reinhard Mumm.

Aus der deutschen Arbeiterbewegung.

Ein Riesenkampf im Baugewerbe? Das Reich steht augenblicklich vor einer Entscheidung von **ungeheurer Tragweite.** Wir haben schon früher einen Vertragsentwurf für einen Tarifentwurf mitgeteilt, den die Leitung des **Arbeitgeberverbandes für das deutsche Baugewerbe** an die ihm befreundeten Organisationen versandt hätte. Der „Christliche Holzarbeiter" hat damals diesen Entwurf der Oeffentlichkeit übergeben. In diesem Vertrage war ausdrücklich vorgesehen, daß es für die Unternehmer ein Nachgeben im Punkte Arbeitszeit und Lohnhöhe nicht geben dürfe, und daß im übrigen stets für ganz Deutschland eine **Aussperrung** einzutreten habe, sobald auch nur in einem der beteiligten Orte eine Einigung zwischen Unternehmern und Arbeitern nicht zustande käme.

Es müsse angesichts der Art dieses Vertrages sehr zweifelhaft erscheinen, ob das Unternehmertum in seiner Gesamtheit geneigt sein würde, diesem Vertrage in allen seinen Teilen zuzustimmen. Tatsächlich erhoben sich denn auch aus Süddeutschland Stimmen lebhafter Verwunderung. Kürzlich hat aber denn auch der Arbeitgeberverband für das deutsche Baugewerbe unter dem Vorsitz des konservativen Abg. **Felisch** seine Generalversammlung abgehalten und dabei sich auf diesen Vertragsentwurf **geeinigt. Der Arbeitgeberbund** veröffentlicht folgende **Kundgebung:**

„Mit Einstimmigkeit wurde der folgenschwere Beschluß gefaßt, daß an dem vom Bunde herausgegebenen Muster für den Abschluß von Tarifverträgen nichts geändert werden dürfe, und daß, falls die im Frühjahr ablaufenden und zu erneuernden Verträge auf der Grundlage dieses Vertragsmusters nicht zustande kommen sollten, **am 1. April die Baugeschäfte geschlossen werden,** ausgenommen natürlich diejenigen Orte, in denen Tarifverträge bestehen. Weiter ist hierzu einstimmig beschlossen worden, daß bei eintretender Arbeitseinstellung den beteiligten Bezirken und Orten nach jeder Richtung hin die weitgehendste Unterstützung **des Bundes** gewährt werden soll."

Die Gefahr, die aus diesem Beschluß entsteht, liegt klar auf der Hand: Es droht für das kommende Frühjahr **ein Lohnkampf in einem Umfange,** wie wir ihn seit dem großen Bergarbeiterstreik nicht mehr gesehen haben, und dieser Kampf wird, wenn er ausbricht, um so verhängnisvoller sein müssen, als er in eine **wirtschaftlich schlechte Zeit** fällt, wo alles, was von den Arbeitslöhnen der Bauhandwerker abhängig ist, ohnehin schon schwer leidet. Besonders kritisch wird die Sache dadurch, daß das Berliner Baugewerbe mit in diesen Kampf hinein gerät. Beteiligt sind alle Orte, in denen ein Tarifvertrag vom 1. April ab nicht besteht. Die Unternehmer haben mit Rücksicht auf diese Entwickelung zu diesem Termin an vielen Orten die Verträge gekündigt. Vorzüglich ist an dem Kampf beteiligt das gesamte **Maingebiet** und das **Ruhrgebiet.** Berlin würde nicht dazu gehören, wenn der Lohnkampf im letzten Jahre nicht verkrampft wäre. Dort besteht jetzt noch kein Tarif, und die Folge davon ist, daß auch Berlin von den Kämpfen betroffen wird. Das hat eine für die Sozialdemokraten unangenehme Folge. Sie hatten damit gerechnet, daß ihr Verband die Kämpfe in Berlin im Jahre 1907 zu Ende führen würde, und daß man im Jahre 1908 den Kämpfen im Main- und Ruhrgebiet, wo die christliche Organisation überwiegt, zusehen könnte, nicht ohne den Christlichen durch die Aufstellung möglichst weitgehender Forderungen bei der Agitation Schwierigkeiten zu machen. Jetzt ist das alles ganz anders gekommen.

Wie die Bewegung ablaufen wird, steht dahin. Verhandlungen in [illegible]sen, Hannover und Frankfurt führten zu keinem endgültigen Ergebnis. Die Arbeitgeber zeigten in ihrem ganzen Verhalten, daß sie einen Kampf wollen. Betroffen würden davon rund 100 000 Arbeiter mit ihren Familien. **Arbeiter, erkennet die Zeit!**

Aus gegnerischen Organisationen.

„Eine wichtige Entdeckung". Die in Köln erscheinende „Rheinische Zeitung" hat eine „wichtige Entdeckung" gemacht. Sie hat nämlich herausgekriegt, daß die christlichen Gewerkschaften mit der politischen Neutralität denselben Schwindel treiben wie die „freien" Gewerkschaften, welche nur diejenigen ihrer Mitglieder als „vollgültige Gewerkschaftler" ansehen, die auf die sozialdemokratische Presse abonnieren und Mitglieder der politischen Parteivereine sind.

Als Fundgrube ihrer neuesten „Entdeckung" dient der „Rheinischen Zeitung" der Artikel in Nr. 3 des „Zentralblatt" über „Aufgaben und Forderungen der christlichen Gewerkschaften im öffentlichen und sozialen Leben." Die „Rheinische Zeitung" zitiert daraus folgendes:

„Daß wir des Einflusses derselben (der Presse nämlich) nicht entbehren können, dürfte auf der Hand liegen. Die Gewerkschaftspresse genügt uns schon deshalb nicht, weil die Sozialdemokraten einen starken Helfer in ihrer Tagespresse haben, anderseits aber auch die Tagespresse in Kreise kommt, die wir durch die Gewerkschaftsorgane nicht erreichen können, aber erreichen müssen. Es dürfte nun vor allem angebracht sein, zu fragen, ob wir ein Recht haben, Unterstützung von der bürgerlichen Presse zu verlangen. Diese Frage muß bejaht werden, und zwar m. E. aus dreierlei Gründen: 1. Als Leser des betreffenden Blattes. Manche Bezirks- und Lokalblätter haben viele, teilweise vorwiegend Arbeiter-Abonnenten. 2. Als Anhänger der politischen Richtung des betreffenden Blattes. Als solcher dürfte oftmals auch das Vorsprechen bei den zuständigen Parteiinstanzen sehr wirksam sein. 3. Im Interesse des Gesamtwohles und der ausgleichenden Gerechtigkeit. Der Arbeiterstand ist ein neuer, wirtschaftlich schwächerer Stand, dessen Unterdrückung nicht im Interesse der Gesamtheit liegt. Das Wohl derselben wird nur gefördert, wenn das Wohl des zahlreichen Arbeiterstandes gefördert wird."

Weiter zitiert die „Rheinische" den Satz: „Natürlich sollen wir diejenige Presse unterstützen, die uns entgegenkommt" und knüpft daran die Bemerkung: „Das ist genau dasselbe, was die freien Gewerkschaften tun."

Das ist ein zu gewöhnlicher „Bluff", verehrte „Rheinische", als daß ein denkender Arbeiter darauf hereinfiele. Wenn die christlichen Gewerkschaftler als Leser ihrer Parteipresse von derselben Entgegenkommen fordern, so ist das doch nicht mehr als ihr gutes Recht. Und wenn sie diejenigen bürgerlichen Tagesblätter unterstützen, welche sich der Arbeitersache annehmen, so sollte das für jeden denkenden Arbeiter eine Selbstverständlichkeit sein. Hieraus für die christlichen Gewerkschaften den Vorwurf herzuleiten, als meinten sie es mit ihrer parteipolitischen Neutralität nicht ehrlich, dazu gehört schon die „Entdeckergabe" der „Rheinischen". **Darin liegt doch gerade der glänzenste Beweis für den nicht parteipolitischen Charakter der christlichen Gewerkschaften, daß sie den Arbeitern keine Parteirichtung aufnötigen oder nur empfehlen, sondern ihnen den Rat erteilen, auf die Presse derjenigen Partei, welcher sie angehören, ihren Einfluß als Abonnenten und auch als Parteiangehörige geltend zu machen.**

Und das soll dasselbe sein was die „freien" Gewerkschaften auch tun? Mag die sozialdemokratische Presse auch die Massen gegen die Gewerkschaftsführer aufhetzen und von den letzteren als „den vollgefressenen Kerlen" reden, sie bleibt für den „freien" Gewerkschaftler „die einzige Arbeiterpresse", weil Partei und Gewerkschaft als gemeinsames Ziel die Beseitigung unserer heutigen Staats- und Gesellschaftsordnung und die Einführung der sozialdemokratischen Herrschaft erstreben. Man braucht doch nur daran zu erinnern, wie sich das Korrespondenzblatt der „freien" Gewerkschaften (1906, Nr. 36) dazu äußert:

„Die (freien) Gewerkschaften fußen heute ebenso wie vor und nach dem Ausnahmegesetz auf der Theorie des Klassengegensatzes zwischen Kapitalist und Arbeiter, und sie erkennen den Klassenkampf als die notwendige Folge dieses Gegensatzes und die Aufhebung der Kapitalistenklasse, die Beseitigung der kapitalistischen Ausbeutung als die einzige Lösung dieses Verhältnisses an. An dieser Lösung mitzuarbeiten ist die gewerkschaftliche und genossenschaftliche Organisation nicht minder als die politische (sozialdemokratische) Organisation der Arbeiterklasse berufen."

Weil die „freien" Gewerkschaften die Rekrutenschulen für die Sozialdemokratie sind, deshalb gehört die Förderung der sozialdemokratischen Presse mit zu ihren gewerkschaftlichen Aufgaben. Die christlichen Gewerkschaften aber stellen sich auf den Boden der heutigen Staats- und Gesellschaftsordnung, sie bekämpfen nicht das Unternehmertum als solches, sondern erstreben ein gerechtes Maß von Mitbestimmungsrecht der Arbeiter bei Festsetzung der Arbeitsbedingungen: sie verfolgen keine utopistischen Ziele, sondern die Hebung der wirtschaftlichen und sozialen Lage des Arbeiterstandes im Rahmen des Möglichen. Diejenige bürgerliche Presse, welche diese Aufgaben unterstützt, ist den christlichen Gewerkschaften willkommen.

Uebrigens beginnt die „Erziehungsarbeit" der sozialdemokratischen Presse bei den „freien" Gewerkschaftlern nachgerade Früchte zu zeitigen, welche der Arbeiterschaft zur Schmach gereichen. Macht die Gesinnungsknechtung der „Genossen" doch selbst vor dem offenen Grabe des Arbeiters nicht mehr Halt, wo dieselbe doch eigentlich ihre naturnotwendige Grenze finden müßte. Wir haben bereits bei einer früheren Gelegenheit darauf hingewiesen, daß eine Zahlstelle des „freien" Maurerverbandes für die verstorbenen Mitglieder nur unter der Bedingung einen Kranz spendete, wenn kein „Pfaffe mit zur Beerdigung" ging.

Einen ähnlichen Fall berichtet jetzt die evangelische Tageszeitung „Das Reich":

In Nr. 278 des „Volksboten" (Beilage), der in Stettin von dem früheren Reichstagsabgeordneten Herbert gedruckt wird, befindet sich eine Notiz mit dem Stichwort Hafenarbeiter I. In dieser Notiz befinden sich folgende Sätze aus dem Versammlungsbericht der vorgenannten Vereinigung: „Beim Punkt drei der Tagesordnung: Sterbefall Asmus, kam es zur kräftigen (sic!) Debatte. Die Mitgliedschaft steuert für jeden verstorbenen Kollegen 10 Pfg., um dessen Hinterbliebenen eine Extraunterstützung zu gewähren. Da es nun vorgekommen ist, daß in einigen Fällen der Kranz sowie die rote Schleife von den Hinterbliebenen einiger verstorbenen Kollegen nicht angenommen sind, ist nun beschlossen worden: Verweigern die Hinterbliebenen den Kranz sowie die rote Schleife, werden keine 10 Pfg. extra gesteuert, und fällt auch die Extraunterstützung weg."

Wenn die Hinterbliebenen eines verstorbenen Mitgliedes sich also weigern, denselben mit den Abzeichen der roten Internationale zuzudecken, so gehen sie der Unterstützung verlustig. Dem wollen wir nichts mehr hinzufügen.

Aus Unternehmerkreisen.

Ausschußsitzung des „Vereins Deutscher Arbeitgeberverbände". Am 19. Febr. cr. tagte unter dem Vorsitz des bekannten Aussperrungstaktikers Menk-Altona eine Sitzung des Ausschusses des „Vereins Deutscher Arbeitgeberverbände", in der die Herren zu dem Arbeitskammer-Gesetzentwurf Stellung nahmen. Beschlüsse wurden nicht gefaßt, vielmehr blieb die definitive Stellungnahme einer für den kommenden Monat anberaumten abermaligen Ausschußsitzung vorbehalten, damit die Ausschußmitglieder inzwischen mit den von ihnen vertretenen Korporationen Rücksprache zu nehmen in der Lage seien. Man war aber allseitig mit dem Entwurf höchst unzufrieden und meinte, daß, wenn das Gesetz nicht von Grund auf abgeändert würde, die Einführung der von der Sozialdemokratie geforderten Arbeitskammern als das „kleinere Uebel" anzusehen wäre. Das Gesetz verstoße **gegen alle Gerechtigkeit,** insofern es aus zwei in ihren Interessen einander diametral gegenüberstehenden Interessengruppen unter der Leitung eines stimmberechtigten unbeteiligten Vorsitzenden eine amtliche Instanz herstellen und diesem Gebilde die Befugnisse einer wirklichen Kammer zuweisen wolle. Besonders der in dem Entwurf vorgesehene neutrale Vorsitzende, dessen Votum bei einer sich ergebenen Stimmengleichheit endgültig entscheiden soll, hats den Scharfmachern angetan. Dann geht ihnen das Tätigkeitsgebiet der Kammern viel zu weit. Die Herren haben durch ihre Stellungnahme wieder einmal bewiesen, daß sie unsozial, scharfmacherisch sind bis ins innerste Mark. Auch die Arbeiterschaft verlangt eine Umarbeitung des Entwurfes, natürlich nach einer ganz anderen Richtung hin, als es der Ausschuß des Vereins Deutscher Arbeitgeberverbände wünscht. In einer Petition an den Reichstag verlangt der Verein weiter eine Aenderung des Paragraphen 1 des Vereinsgesetzentwurfes dahingehend, daß die in diesem Paragraphen zugelassene Teilnahme jugendlicher Personen an Vereinen und Versammlungen aufgehoben wird. Die Petition sagt:

„Der unterzeichnete Verein lebt nach gewissenhafter Prüfung aller in dieser Richtung für die deutsche Industrie in Betracht kommenden Gesichtspunkte der festen Ueberzeugung, daß das Fallenlassen der Vereins- und Versammlungsbeschränkungen für Jugendliche einen Schritt der Gesetzgebung darstellen würde, der dem gemeinen Wohle ganz sicher nicht zum Nutzen, höchstwahrscheinlich aber zu einem nie wieder gutzumachenden Schaden gereichen würde. Er bittet deshalb den hohen Reichstag, dem § 1 des Entwurfes nur unter der Voraussetzung einer im Sinne dieser Eingabe zu treffenden Abänderung die Zustimmung zu erteilen."

Der „Verein deutscher Arbeitgeberverbände" als Kämpfer für das allgemeine Wohl — das Ding ist nicht schlecht. Unter Allgemeinwohl verstehen die Herren natürlich nur die Wahrung **ihrer** Interessen.

Versammlungskalender.

Aachen. 8. März, 10½ Uhr, bei Frantzen, Kleinmarschierstraße 19, Vorstands- und Vertrauensmännersitzung.
Bocholt. 11. März, bei Imping, Arbeiter-Vertreter.
Borghorst. 8. März, 11 Uhr, bei Franz Dwersteg.
Borken i. W. 8. März, 11 Uhr Bücherwechsel, 11½ Uhr Versammlung.
Cottbus. 7. März, 8 Uhr, bei A. Döring, kleiner Saal.
Döhren-Wülfel. 8. März, ½7 Uhr, H. A. Rosenbusch-Pikers Garten.
Epe (Westf.). 8. März, 4 Uhr, bei G. Nacke.
M.-Gladbach-Eicken. 8. März, 6 Uhr, bei Oswald Schäfer, Mathiasstr.
—-Waldhauserhöhe. 7. März, ½9 Uhr, bei Gerhard Klinken (in den 4 Winden).
Glauchau. 7. März, ½9 Uhr, im Meisterhaus.
Gieboldehausen. 12. März, 7½ Uhr, bei Reimann.
Greven i. W. 8. März, ½12 Uhr, bei Winninghoff, Diskutierstunde.
Hermges-Dahl. 8. März, 3 Uhr im Aloysiushaus, Römerstr., Arbeiterinnenversammlung.
Markt-Redwitz. 8. März, 3 Uhr, bei Fritz Greger, Vereinshaus.
Mülheim a. Rhein. 11. März, 6 Uhr, bei Theodor Böhner.
Neuenkirchen. 8. März, 11½ Uhr, bei E. Jörling, Vorstands-, Vertrauensmänner- und Ausschußversamml.
Rheydt. 8. März, 6 Uhr, bei Albert Poffen, außerordentliche Generalversammlung.
Ronsdorf. 8. März, 7½ Uhr, bei Göbels, Versammlung und Familienabend.
Schöllbronn. 8. März, 2 Uhr, öffentliche Versammlung.
Spessart. 8. März, 6 Uhr, öffentliche Versammlung.
Viersen. 9. März, 6 Uhr, bei Frau Ww. Stierken.
Würselen. 8. März, 4 Uhr, bei Cor. Schümmer, Arbeiterinnenversammlung.

M.-Gladbach-Eiken. Gewerkschafts-Konsum-Verein „Zukunft", e. G. m. b. H. zu M.-Gladbach-Eiken. Samstag, den 14. März, abends 8¾ Uhr, beim Wirten Kremers (früher Grates), ordentliche Generalversammlung. Tages-Ordnung: 1) Quartalsbericht, 2) Sterbeunterstützung, 3) Verschiedenes. Die Mitglieder werden auf den Beschluß der letzten Generalversammlung aufmerksam gemacht, wonach jeder, der den Generalversammlungen nicht beiwohnt, 20 Pfennig zu zahlen hat.

Der Aufsichtsrat:
(2.20 Mk.) J. Conze, Vorsitzender.

Hardt. Gewerkschafts-Konsum-Verein „Einigkeit", e. G. m. b. H. Sonntag, den 15. März, nachmittags 6 Uhr, im Lokale der Geschw. Pillen Generalversammlung. Tagesordnung: 1) Halbjähriger Geschäftsbericht, 2) Mitteilungen.

Der Aufsichtsrat:
(1.40 Mk.) J. A. Joh. Schmitter, Vorsitzender.

Hüls. Sonntag, den 15. März 1908, vorm. 11 Uhr, bei Joh. Pins, Generalversammlung des Gewerkschafts-Konsumvereins „Eintracht", e. G. m. b. H zu Hüls. Tagesordnung: 1) Erhöhung des Eintrittsgeldes, 2) Entgegennahme von Zeichnungen auf Hausanteilen.
(1.20 Mk.) Der Aufsichtsrat.

Bilanz

des Gewerkschafts-Konsumvereins „Eintracht", e. G. m. b. H. zu Hüls. Vom 1. Jan. bis 31. Dez. 1907.

Aktiva.		Passiva.	
Sparkassen-Guthab.	5198,60	Guthaben der Mitgl.	4233,25
Warenbestand am 31. Dez. 1907	6207,61	Kaution	100,—
Utensilien	—	Warenschulden	—
Debitoren	300,—	Unkosten	775,—
Kassenbestand am 31. Dez. 1907	785,30	Reservefonds	1540,83
		Reingewinn	5742,43
	Mk. 12 491,51		Mk. 12 491,51

Die Mitgliederzahl betrug am 1. Jan. 1907 143
Zugang im Jahre 1907 38
Abgang „ „ 3
Mithin Mitgliederzahl am 1. Jan. 1908 178
Höhe der Haftsumme am 1. Jan. 1908 . . . . 5340 Mk.

Der Vorstand: Franz Göldenbachs, Wilh. Grüters, Wilh. van Gerven.
Der Aufsichtsrat: J. A.: Wilh. Jentges.
(4.80 Mk.)

Eupen.

Samstag, den 14. März, abends 8½ Uhr, im katholischen Jünglingshause Versammlung der Kollegen, welche dem Lokalverbande angehört und dem Zentralverbande 1901 beigetreten sind. Ausweis-Mitgliedsbuch. Tagesordnung: Beschlußfassung über das vorhandene Verbandsvermögen.

J. A.: Fr. Bartholemy.

Achtung! **Achtung!**

Bücherrevision.

Die Sektion Hardterbroich-Pesch zieht die Bücher ein für Pesch bis zum 8. März, für Hardterbroich bis zum 22. März.

Der Vorstand:
J. R. Krüppel, Schriftführer.